

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

66. Jahrgang · 23/2016 · 6. Juni 2016



Kulturrevolution

Daniel Leese

Kulturrevolution in China:
Ursachen, Verlauf und Folgen

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

Schwierige Erinnerung:
40 Jahre Ringen um gesellschaftlichen Konsens

Stefan R. Landsberger

Zur Plakatpropaganda der Kulturrevolution

Nele Noesselt

Spuren der Kulturrevolution im heutigen China

Xuewu Gu

Die weltpolitische Dreiecksbeziehung
Beijing, Moskau, Washington

Felix Wemheuer

Die westeuropäische Neue Linke
und die chinesische Kulturrevolution

Editorial

Im Frühjahr 1966 entfesselte Mao Zedong die „Große Proletarische Kulturrevolution“. Mit ihr stiftete der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) ein gesamtgesellschaftliches „großes Chaos“, um zu einer neuen „großen Ordnung“ zu gelangen. Tatsächlich bewirkte die Kampagne einen radikalen Bruch mit traditionellen Normen und Werten: Schüler erschlugen ihre Lehrer, Kinder denunzierten ihre Eltern, alte Kulturstätten wurden geschleift. Offiziell richtete sich die ungezügelte Gewalt gegen „Revisionisten“ und „bourgeoise Elemente“ – Kategorien, die sich beliebig auslegen ließen und mehrfach wandelten. Die einzige Konstante in allen Phasen der Kulturrevolution war die grenzenlose Verehrung des „Großen Steuermanns“ Mao.

Mit seinem Tod 1976 endete die Kulturrevolution; rund 1,7 Millionen Menschen waren ihr zum Opfer gefallen. Die Zahl der politisch Verfolgten liegt im zweistelligen Millionenbereich. Eine umfassende Aufarbeitung der Verbrechen oder Klärung der politischen Verantwortung fand nie statt, nur eine kleine Gruppe um Maos Witwe, die „Viererbande“, wurde verurteilt. 1981 räumte die KPCh zwar ein, dass die Kulturrevolution ein „Fehler“ gewesen sei, das Bild Maos als vergötterter Staatsgründer aber blieb unangetastet – zu sehr ist es mit dem absoluten Machtanspruch der Partei verknüpft. Auch im Ausland wurde Maos Politik lange Zeit verklärt, schien die Volksrepublik unter seiner Herrschaft doch ein attraktives Gegenmodell sowohl zum westlichen Kapitalismus als auch zum Sowjetkommunismus zu bieten.

Viele der heute in China Verantwortlichen erlebten die „zehn Jahre des Chaos“ als Jugendliche, so auch Staatschef Xi Jinping. Die Furcht der Parteispitze vor erneuter „Unordnung“ führt mittlerweile zu einem Comeback mancher Methoden Maos: So gibt es um Xi Anwendungen eines Personenkults, und auch das Disziplinierungsmittel der „öffentlichen Selbstkritik“ wird wieder angewandt. Die damaligen Ereignisse und der eingeübte Mao-Kult prägen die chinesische Gesellschaft bis in die Gegenwart.

Johannes Piepenbrink

Daniel Leese

Kulturrevolution in China: Ursachen, Verlauf und Folgen

Generation ähnlich fremd und von der eigenen Lebenswirklichkeit entrückt erscheint wie die Jungsteinzeit. Dieser Eindruck trägt jedoch: Ob als Schreckensszenario politischen Machtverlusts und bürgerkriegsähnlicher Gewaltorgien oder als nostalgisches Vorbild einer weitgehend egalitären Gesellschaftsordnung – das Erbe der Kulturrevolution prägt die chinesische Gegenwart auf vielfältige Weise.

Die „Große Proletarische Kulturrevolution“ ragt wie ein erratic Fremdkörper aus der Geschichte des Weltkommunismus im 20. Jahrhundert.¹

Daniel Leese

Ph. D., geb. 1977; Professor für Sinologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Werthmannstraße 12, 79098 Freiburg/Br. daniel.leese@sinologie.uni-freiburg.de

Kein anderer kommunistischer Parteiführer außer Mao Zedong setzte den Erfolg einer sozialistischen Staatsgründung scheinbar mutwillig aufs Spiel, indem er die Volksmassen zum Widerstand gegen „revisionistische“ Tendenzen innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) selbst aufrief. Zeitgenössisch wurde die Bewegung von Vertretern der Moskautreuen Linie als „Kinderkrankheit des Kommunismus“ und als Ausdruck eines „wildgewordenen Kleinbürgertums“ gebrandmarkt. Heute reicht das Spannungsfeld der Interpretationen der Kulturrevolution in den Extremen von Gleichsetzung mit dem Holocaust bis zur Verteidigung von Maos Absichten als letzten Versuch, alternative Formen politischer Repräsentation jenseits des bürokratischen Parteistaates zu etablieren.

Die enorme Divergenz der Interpretationen auch 50 Jahre nach Beginn der Bewegung verweist auf bis heute bestehende Defizite in der wissenschaftlichen Erforschung und politisch-gesellschaftlichen Aufarbeitung der Epoche. Auch wenn von einer gänzlichen Tabuisierung der Thematik in der Volksrepublik China nicht gesprochen werden kann, so ist der Rahmen offiziell zulässiger Einordnung durch eine im Juni 1981 verabschiedete Resolution zur Parteilgeschichte klar vorgegeben. Kritische Diskussionen werden in der Öffentlichkeit unterbunden, und in Schulbüchern wird der Zeitraum so knapp behandelt, dass die Kulturrevolution für die jüngere chinesische

Hintergründe und Ursachen

Die Hintergründe der Kulturrevolution sind von der Person Mao Zedongs und seiner Wahrnehmung der politischen Geschehnisse der 1950er und 1960er Jahre nicht zu trennen. Im Bereich der Außenpolitik waren es besonders die Entwicklungen in der Sowjetunion nach dem Tod Stalins 1953, die Maos Argwohn hervorriefen. Nikita Chruschtschows Abrechnung mit der Gewaltherrschaft Stalins in seiner Geheimrede auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) im Februar 1956 wurde von der chinesischen Seite als Vertrauensbruch und als schwerer politischer Fehler betrachtet, da hierdurch das sozialistische Lager als Ganzes in Mitleidenschaft gezogen wurde. Dieses Misstrauen verstärkte sich, nicht zuletzt in Anbetracht der sowjetischen Propagierung der Möglichkeit einer friedlichen Überwindung des Kapitalismus und der scheinbaren Aufgabe des Klassenkampfes. Zum Bruch zwischen den Schwesterparteien kam es 1960, als die Sowjetunion ihre technischen Berater zurückzog, inklusive der Einstellung sowjetischer Unterstützung bei der Entwicklung einer chinesischen Atombombe. Ein offener ideologischer Schlagabtausch in den Jahren 1963/64 breitete die Differenzen vor der Weltöffentlichkeit aus. Die Entwicklungen in der Sowjetunion waren für Mao das alarmierende Beispiel, dass der Erfolg der sozialistischen Revolution mit der Staatsgründung 1949 keineswegs gesichert sei. Ein Rückfall in kapitalistische Denk- und Wirtschaftsweisen, zeitgenössisch als „Revisionismus“ bezeichnet, erschien somit auch in der Volksrepublik China als potenzielle Gefahr.

¹ Für ausführliche Quellen- und Literaturnachweise vgl. Daniel Leese, *Die Chinesische Kulturrevolution, 1966–1976*, München 2016.

Vor diesem Hintergrund verfolgte Mao Zedong die innenpolitischen Entwicklungen im Gefolge des desaströsen „Großen Sprungs nach vorne“ (1958 bis 1961) zunehmend kritisch. Die zeitweilige Wiedereinführung von Marktprinzipien war ihm ebenso suspekt wie die Ansicht seines Nachfolgers Liu Shaoqi, dass vorwiegend politische Fehler zur Hungerskatastrophe geführt hätten und nicht widrige Wetterbedingungen. Auch Fragen des revolutionären Erbes und der politischen Loyalität beeinflussten Mao Zedongs Wahrnehmung eines zunehmend krisenhaften Zustandes der Partei. Die in der älteren Literatur vertretene Annahme, dass ein offener „Zwei-Linien-Kampf“ innerhalb der KPCh die primäre Ursache der Kulturrevolution gewesen sei, muss als überholt gelten. Weder Staatspräsident Liu Shaoqi noch der einflussreiche Parteisekretär Deng Xiaoping stellten für Mao eine machtpolitische Gefahr dar. Trotz des Scheiterns des Großen Sprungs war Mao der unumstrittene Führer der KPCh.

Die Bedeutung ideologischer Motive für Maos Entscheidung, die Kulturrevolution zu entfachen, ist nicht zu unterschätzen. Er lieferte indessen keine Blaupause für die Bewegung und ließ auch engste Vertraute im Unklaren über seine eigentlichen Absichten. Ab 1962 betonte Mao öffentlich die fortdauernde Bedeutung des Klassenkampfes und sprach vage von „neuen bourgeoisen Elementen“, die auch nach der sozialistischen Revolution bekämpft werden müssten. Er ließ allerdings offen, inwiefern es sich hierbei nur um Vertreter alter Eliten handelte, die bei bisherigen Säuberungen nicht entdeckt worden seien. 1965 stieß er erstmals eine ungleich radikalere Deutung an, als er feststellte, dass in einigen Regionen Chinas eine „Bürokratenklasse“ dem Volk feindselig gegenüberstehe. Dieses Postulat der Parteibürokratie als Nährboden einer neuen, „funktionalen“ Bourgeoisie, die ihre Privilegien nicht länger aus Grundbesitz, sondern mittels der Verfügung über staatliche Ressourcen sicherte, wies eine gänzlich andere Stoßrichtung auf. Gegenüber Kadern aus ländlichen Regionen betonte Mao gar die Notwendigkeit der Rebellion gegen die Parteizentrale, wenn dort Revisionismus aufkommen sollte. Mao löste die Frage nach den Ursachen für die Entstehung des Revisionismus im Verlauf der Bewegung nicht auf. Aus der daraus resultierenden Ambiguität speiste sich ein Deutungskonflikt hinsichtlich der Ziele der Bewegung, den Mao Zedong in der

Folgezeit in die eine oder andere Richtung zu lenken verstand und der gleichzeitig die Bewertung der Periode bis heute prägt.

Neben der Partei stand insbesondere die chinesische Jugend im Zentrum von Mao Zedongs Aufmerksamkeit. Mithilfe der Kulturrevolution erhoffte er sich eine „Immunsierung“ der jungen, zumeist ohne Kriegs- oder Revolutionserfahrung aufgewachsenen Generation, die seine Ideale auch nach seinem Tod aufrechterhalten sollten. Die später als Rotgardisten bekannt gewordenen Zusammenschlüsse von Jugendlichen hatten aber auch andere Gründe, gegen die bestehende Gesellschaftsordnung zu rebellieren. Die Kategorisierung jedes Einzelnen auf Basis der vorrevolutionären Besitzstandsverhältnisse beziehungsweise in den Städten nach Erwerbsart in vorwiegend sozial definierte Klassen, von denen einige als vorteilhaft („rote Klassen“), andere als negativ („schwarze Klassen“) gewertet wurden, perpetuierte sich durch Übertragung der Kategorien auf die Folgegenerationen. Der sogenannte Familien- oder Klassenhintergrund spielte eine entscheidende Rolle bei Fragen des Zugangs zu Schulen und Universitäten, bei der Wohnungszuteilung oder auch bei der Frage der Wahl eines geeigneten Ehepartners. Anders als in der oft nostalgischen Rückschau wahrgenommen, war die frühe Volksrepublik ein Staat mit ausgeprägten Sozialhierarchien. Bei Nachkommen vormaliger Feindesklassen führte diese Stigmatisierung zu erheblichem Rebellionspotenzial. Auch in den Fabriken hatte sich Unmut über die zunehmenden Differenzierungen zwischen festbeschäftigten Facharbeitern mit sozialer Absicherung und temporär Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen aufgestaut, vom großen Stadt-Land-Gefälle nicht zu sprechen. Soziale Konflikte bestanden somit in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft fort und traten nach Schwächung der Parteidiktatur zu Beginn der Kulturrevolution offen zutage.

Wenngleich die Kulturrevolution ohne die Person Mao Zedongs nicht denkbar ist, so hätte die Bewegung ohne die Existenz grundlegender Konflikte in der chinesischen Gesellschaft wohl kaum ihre gewaltsame Eigendynamik entwickelt. In der Kulturrevolution vermischten sich politische Machtfragen und Visionen alternativer Herrschaftsmodelle an der Spitze des Staates mit Protesten gegen

strukturelle gesellschaftliche Ungerechtigkeiten von unten, was die explosive Gemengelage und den oft anarchisch erscheinenden Charakter der Bewegung erklärt.

Destabilisierung der Parteilite

Als Anlass der Kulturrevolution gilt gemeinhin die Kritik an einem Theaterstück im November 1965. In „Hai Rui wird aus seinem Amt entlassen“ hatte der Beijinger stellvertretende Bürgermeister Wu Han einem aufrechten Beamten des Kaiserreichs ein literarisches Denkmal gesetzt, der es gewagt hatte, dem Kaiser unerschrocken über die wahren Zustände im Lande zu berichten. Ursprünglich auf Mao Zedongs expliziten Wunsch zur Kritik an geschönten Statistikmeldungen während des Großen Sprungs verfasst, ließ Mao das Stück nun von loyalen Propagandisten kritisieren, zunächst aufgrund der angeblichen Verneinung der unterdrückten Klassen als treibende Kraft der Geschichte, später aufgrund einer vermeintlich allegorischen Kritik. So wurde die Figur des Hai Rui im Nachhinein zum Symbol für den 1959 aufgrund seiner Kritik am Großen Sprung geschassten vormaligen Verteidigungsminister Peng Dehuai uminterpretiert. Ziel dieser Attacke war in erster Linie Wu Hans Vorgesetzter, der mächtige Beijinger Bürgermeister Peng Zhen.

Trotz aller ideologischen Motive Mao Zedongs für die Entfesselung der Kulturrevolution kann kein Zweifel darüber bestehen, dass er die Bewegung durch taktische Winkelzüge gegen potenzielle Kritiker seiner Pläne gewissenhaft vorbereitete. Zwischen November 1965 und Mai 1966 wurden neben Peng Zhen und seinen Untergebenen auch zentrale Führungsfiguren in den Bereichen Propaganda, Organisation und Militär aus fadenscheinigen Gründen entmachtet und durch loyale Paladine Maos ersetzt. Neben die offiziellen Parteiinstitutionen traten zunehmend ad hoc gebildete Kommissionen und Führungsgruppen, deren Machtbasis einzig auf der Unterstützung durch Mao beruhte.

Formell wurden die Putsche auf einer erweiterten Politbürositzung im Mai 1966 bestätigt, die häufig als Beginn der eigentlichen Kulturrevolution gewertet wird, da hier ein programmatisches Dokument, die „Mitteilung

des 16. Mai“, verabschiedet wurde. Öffentlich gemacht wurde die Mitteilung allerdings erst ein Jahr später. Das Dokument zeichnete ein düsteres Bild der aktuellen Situation. In einer von Mao persönlich eingefügten Passage wird von „bourgeois Elementen“ gesprochen, die bestrebt seien, die Diktatur des Proletariats umzustürzen: „Einige von ihnen haben wir bereits erkannt, andere noch nicht.“ Wachsamkeit und Misstrauen dienten demzufolge als Garanten für die Enttarnung revisionistischer Schläfer in den kommunistischen Reihen.

In angespannter Atmosphäre präsidierte der gerade erst von einer Auslandsreise zurückgekehrte Liu Shaoqi in Abwesenheit Maos über die aus der Luft gegriffenen Vorwürfe gegen die angeblichen Putschisten um Peng Zhen. Den Ton prägte Verteidigungsminister Lin Biao mit einer Rede, in der er die Schriften und Aussprüche Mao Zedongs zum einzigen Wahrheitskriterium erhob: „Jeder Satz Mao Zedongs ist die Wahrheit. Ein Satz von ihm übertrifft zehntausend Sätze von uns.“ Überdies zog er eine Parallele zur Entstalinisierungspolitik Chruschtschows und warnte eindringlich vor ähnlichen Versuchen. Jeder Kritiker Maos müsse von der gesamten Nation zur Rechenschaft gezogen und hingerichtet werden.

Zeitgleich mobilisierte Mao Zedong die Jugend gegen „reaktionäre akademische Autoritäten“, indem er in Zeitungsartikeln zur Kritik an altem Denken, alten Sitten und Gebräuchen und alter Kultur aufrufen ließ. Die im Frühsommer 1966 einsetzenden tumultartigen Konflikte an Schulen und Universitäten warfen zahllose Fragen über die Ziele und die Richtung der Bewegung auf, aber Mao zog es bewusst vor, die Parteiführung im Unklaren über seine Pläne zu belassen. Die Führung entschied sich daraufhin, die Bildungseinrichtungen durch die Entsendung von Arbeitsgruppen zu befrieden, eine Maßnahme, die Mao später zum Anlass nahm, um Liu und Deng der Unterdrückung der Studentenbewegung zu bezichtigen. Schon bald machten sich chaotische Zustände in Chinas Bildungseinrichtungen breit, als je nach Lokalität die Arbeitsgruppen die zentralen Vorgaben mehr oder minder konsequent umsetzten.

Im Sommer 1966 zog sich Mao Zedong zunächst weiter aus der Tagespolitik zurück und plante seine nächsten Schritte. In einem

berühmten Brief an seine Frau Jiang Qing beschrieb er die Gefahr, dass nach seinem Tod in China die Wiedereinführung des Kapitalismus drohe und die Kulturrevolution daher als „Übungsmanöver“ gegen den drohenden Umsturz dienen und alle sieben bis acht Jahre wiederholt werden solle. Der Kult um seine Person, der insbesondere von Lin Biao im Militär aufgebaut worden sei, entspreche zwar nicht seinen eigenen Überzeugungen und habe auch nicht seine Billigung erfahren, aber wenn er der Abwehr des Gespensts des Kapitalismus diene, wie er mit Rückgriff auf den mythischen Dämonenbändiger Zhong Kui argumentierte, so füge er sich dieser Instrumentalisierung seines öffentlichen Bildes. In Anspielung auf klassische Texte bezeichnete er die Kulturrevolution als Phase des „großen Chaos unter dem Himmel“, welche allerdings auf die Errichtung eines Zustands „großer Ordnung“ abziele.

Ende Juli 1966 kehrte Mao nach einer triumphal inszenierten körperlichen Leistungsschau bei einem Schwimmen im Yangzi-Fluss nach Beijing zurück. Er kritisierte die Parteiführung scharf für die angeblichen Fehler bei der Umsetzung seiner Vorstellungen. Im „16-Punkte-Programm“ vom 8. August 1966 erhielt die Bewegung ein ebenso vages wie widersprüchliches Manifest, das gleichermaßen zur Rebellion gegen bourgeoise Autoritäten und „Personen in der Partei, die den kapitalistischen Weg gehen“ aufrief, gleichzeitig aber zentrale Bereiche wie Wirtschaft oder Militär von der Kritik ausnahm. Das Dokument propagierte letztlich eher eine Reform als eine Revolution des gesamten Überbaus, die die Menschen „in ihren Seelen“ berühren und von gesellschaftlichen Mentalitäten über den Bereich der Kultur bis hin zu politischen und staatlichen Institutionen reichen sollte. Hierdurch erhoffte sich Mao, das Wiederaufkommen kapitalistischer Strömungen in der Volksrepublik effektiv zu verhindern.

Kulturrevolution

Mit der Verabschiedung des 16-Punkte-Programms und der Rückkehr Mao Zedongs in das Zentrum der Macht begann die Hauptphase der Kulturrevolution, die sich von August 1966 bis in den Herbst 1968 erstreckte. Die Phase ist gekennzeichnet von einer direkten Massenmobilisierung, einerseits mit

hilfe der Medien und des Mao-Kults, andererseits durch persönliche Einflussnahme von Führungspersönlichkeiten in Beijing, die versuchten, die Bewegung durch direkte Kontakte mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen oder regionalen Führern in ihrem Sinne zu lenken. Zu den bekanntesten Beispielen der Mobilisierung zählen die acht „Massenbegegnungen“, die im zweiten Halbjahr 1966 an verschiedenen Orten in Beijing organisiert wurden. Unter frenetischem Jubel absolvierte Mao schweigende Auftritte auf dem Tor des Himmlischen Friedens oder bei Rundfahrten in einem offenen Militärfahrzeug. Rund zwölf Millionen Menschen huldigten dem „Großen Lehrer, großen Führer, großen Oberbefehlshaber und großen Steuermann“ der chinesischen Revolution und trugen den Aufruf zur kulturellen Revolution bis in die entferntesten Winkel des Landes.

Treibende Kraft in den ersten Monaten der Kulturrevolution waren die Rotgardisten, zumeist Schüler und Studierende in den großen Städten, die sich, angestachelt durch Aufrufe führender Politiker, durch Zerstörungen von Kulturgütern und brutale Misshandlungen von vermeintlichen Klassenfeinden hervortaten. Bereits Anfang August 1966 hatten Schülerinnen an dem von Töchtern der Partielite besuchten Gymnasium der Pädagogischen Hochschule Beijing die stellvertretende Schulleiterin Bian Zhongyun brutal erschlagen. Viele weitere Gewaltakte folgten in den Wochen des „roten Terrors“, dem von staatlichen Polizeibehörden kein Einhalt geboten wurde. Der Minister für Öffentliche Sicherheit Xie Fuzhi ließ sich gar mit der Aussage zitieren, dass das Erschlagen von Klassenfeinden „im Affekt“ keine strafbare Handlung darstelle. Zahlreiche Kritikopfer, darunter prominente Persönlichkeiten wie der Schriftsteller Lao She, entzogen sich dem Furor durch Selbstmord. Viele Rotgardisten reisten auf Staatskosten durch das Land, um die Ideale der Kulturrevolution zu verbreiten und ihre eigenen „Revolutionserfahrungen“ zu sammeln. Maos Heimatort Shaoshan oder berühmte Orte der kommunistischen Parteilgeschichte wurden zu Wallfahrtsorten eines Revolutionstourismus.

Die Rotgardisten-Bewegung war weder sozial homogen noch einheitlich in ihren Zielen. Konflikte um den Klassenhintergrund der jeweiligen Mitglieder waren ebenso an der Ta-

gesordnung wie divergierende Interessen, basierend auf persönlichen Erfahrungen oder der Einflussnahme vonseiten politischer Führungspersönlichkeiten. Hierbei taten sich insbesondere die Mitglieder der Zentralen Gruppe Kulturrevolution hervor, eines zwischen 1966 und 1969 äußerst einflussreichen Zusammenschlusses radikaler Kräfte um Maos Frau Jiang Qing, die die Bewegung durch persönliche Kontakte zu steuern versuchten. Ihre Kritik zielte nicht zuletzt auf die vormaligen einflussreichen Führer Liu Shaoyi und Deng Xiaoping, die im Oktober 1966 offiziell aus ihren Machtpositionen entfernt worden waren und in den folgenden Monaten als zentrale Ziele öffentlicher Kritik herausgestellt wurden. Liu Shaoyi sollte die Angriffe nicht überleben. Deng Xiaoping, von dessen Fähigkeiten Mao eine hohe Meinung hatte, verbrachte die Folgezeit als Arbeiter in einer Traktorenfabrik.

Die Rotgardisten-Bewegung hat durch das medienwirksame Bild jugendlicher Revolution und auch später durch die Darstellung des brutalen Terrors in lebensgeschichtlichen Erinnerungen die öffentliche Wahrnehmung der Kulturrevolution lange Zeit geprägt. Die unmittelbare Gewalterfahrung und das rücksichtslose Durchbrechen von Werten wie dem Respekt vor Älteren trugen zweifellos zur Prominenz dieser Phase in der biografischen Literatur bei. Hierbei gerät aber leicht in den Hintergrund, dass die meisten Opfer der Kulturrevolution erst in den Jahren 1968 bis 1970 zu beklagen waren. Rund drei Viertel der Todesopfer und rund 90 Prozent der politischen Verfolgungen der Kulturrevolution gingen nicht auf rotgardistischen Terror oder Fraktionskämpfe zurück. Vielmehr waren es staatliche Akteure in Form von Milizen, Armeeeinheiten oder Organen der öffentlichen Sicherheit, die die Hauptverantwortung für die etwa 1,7 Millionen Todesopfer der Kulturrevolution sowie politische Verfolgungen im zweistelligen Millionenbereich trugen.

Ab dem Herbst 1966 verbanden sich die Rotgardisten-Gruppierungen zu losen Großallianzen mit breiterer sozialer Basis. Im Dezember 1966 gestattete die Parteiführung auch offiziell die Bildung von revolutionären Zusammenschlüssen unter Beteiligung von Arbeitern und Bauern. Hierbei handelte es sich um einen gewagten Schritt Maos, da trotz der Vorgabe, dass die Produktion nicht unter der Revolution leiden dürfe, die

Steuerungsfähigkeit der Bewegung durch die in den Grundfesten erschütterte Partei deutlich eingeschränkt wurde. China geriet damit an den Rand eines von Mao selbst provozierten Bürgerkriegs, insbesondere als im Januar 1967 mit seiner Billigung landesweit zu Machtübernahmen durch revolutionäre Kräfte aufgerufen wurde.

Die Machtübernahmen gestalteten sich regional sehr unterschiedlich. Am meisten Aufsehen erlangten die Geschehnisse in Shanghai, wo unter Führung der radikalen Politiker Zhang Chunqiao und Yao Wenyuan zunächst eine Kommune nach dem Pariser Vorbild des Jahres 1871 ausgerufen wurde. Die wachsenden Konflikte bewegten Mao Zedong jedoch dazu, im Februar 1967 zu intervenieren und das Kommunekonzept abzulehnen: „Kann etwa die Kommune die Partei ersetzen? (...) Man braucht einen Kern, ganz egal wie der sich nennt.“ Als es ernst wurde mit der Etablierung alternativer Herrschaftsstrukturen, schreckte Mao vor einer Schwächung der Rolle der KPCh zurück, ungeachtet seiner vormaligen Kritik an bürokratischen Auswüchsen. Stattdessen favorisierte er das Modell der Revolutionskomitees, demzufolge revolutionäre Vertreter der Massen gemeinsam mit revolutionären Kadern und Armeemitgliedern die Macht übernehmen sollten. Die Armee stellte sich bald als die maßgebliche Kraft der neuen politischen Institutionen heraus. Auch wichtige Infrastruktur, das Bankwesen, sogar ganze Provinzen wurden unter Militärkontrolle gestellt. Folglich warben Vertreter konkurrierender Rebellenorganisationen um militärische Unterstützung. Das Militär wiederum hatte die Vorgabe erhalten, nur „echte“ Revolutionäre zu unterstützen, wobei das Entscheidungsrecht der Parteizentrale vorbehalten war. Die unklaren Kriterien des militärischen Engagements sorgten dafür, dass sich in den meisten Provinzen die Konflikte im Verlauf des Frühjahrs 1967 verschärfen.

Die Auseinandersetzungen kulminierten im Juli 1967 im sogenannten Wuhan-Zwischenfall, einem zentralen Wendepunkt der Kulturrevolution. In der Yangzi-Metropole war es zur Bildung zweier großer Massenorganisationen gekommen, von denen eine die Unterstützung des lokalen Militärs genoss. Als die Parteizentrale sich entschloss, die konkurrierende Fraktion zu unterstützen, kam es zu Ausschreitungen, und Abge-

sandte der Parteizentrale wurden verschleppt und misshandelt. Die Gefahr einer Militärrevolte hing über der Stadt, in der sich zufällig auch Mao Zedong aufhielt. Letztlich gelang es verblüffend rasch, die lokale Militärführung von Maos Unterstützung der Entscheidung zu überzeugen, worauf der Widerstand in sich zusammenfiel.

Mit dem Wuhan-Zwischenfall erreichte die Kulturrevolution einen letzten Höhepunkt radikalen Experimentierens. Mao Zedong beschloss, Vertreter als loyal befundener Massenorganisationen zu bewaffnen und ließ Schusswaffen aus staatlichen Beständen aushändigen. Parallel versorgten sich Rebellen-Gruppierungen aber auch auf illegalem Wege mit Waffen und Munition, etwa von für den Vietcong bestimmten Zügen, sodass es zu zahllosen bewaffneten Auseinandersetzungen kam, die oft mit Holzknüppeln, teilweise aber auch unter Einsatz schwerer Artillerie und Boden-Luft-Raketen ausgefochten wurden. Im Nordosten Chinas experimentierten Gruppierungen sogar mit radioaktiven Sprengsätzen. Die radikale Linke attackierte unterdessen die konservative Haltung des Militärs und forderte eine Kulturrevolution auch in der Armee, was zu heftigen Konflikten zwischen der Zentralen Gruppe Kulturrevolution und dem Lager um Verteidigungsminister Lin Biao führte.

In Anbetracht der zerfallenden staatlichen Ordnung entschied sich Mao für einen radikalen Kurswechsel. Er untersagte die Attacken auf das Militär als letztem herrschaftsstabilisierenden Faktor der Parteidiktatur und stellte eine Reihe jüngerer Mitglieder der Zentralen Gruppe Kulturrevolution als Sündenböcke heraus, um „ultralinkes“ Gedankengut zu kritisieren. Zudem forderte er die landesweite Einführung von Revolutionskomitees. Die Umsetzung dieser unter dem Titel „großer strategischer Plan“ propagierten Maxime war ein komplexer Prozess, der sich in Abhängigkeit von lokalen Machtverhältnissen vollzog und vereinzelt noch bis in den September 1968 dauerte. Die Bildung der Revolutionskomitees ging einher mit intensiv ausgefochtenen Konflikten um Macht, Einfluss und Ideologie. Hierbei bemühten sich alle Parteien, jeweils als treueste Anhänger Mao Zedongs zu erscheinen. Folglich erlebte der Kult um Mao Zedong in dieser Phase seinen Höhepunkt. Statuen wurden errichtet,

häufig ohne Billigung der Parteizentrale, die Alltagssprache wurde mit Zitaten aus dem „kleinen roten Buch“ durchsetzt, jede Handlung symbolisch aufgeladen, da es zumeist keine harten Kriterien der Unterscheidung von vermeintlichen Mao-Gegnern oder -Anhängern gab. Um einige Dutzend Mangos, die Mao als Ausdruck seiner Unterstützung an Vertreter Beijinger Fabriken geschickt hatte, entwickelte sich ein veritabler eigener Kult, der die Absurdität der politischen Zustände treffend illustriert.

Im Juli 1968 machte Mao Zedong den prominentesten Führern der Rotgardisten und großen Rebellenverbänden in Beijing unmissverständlich klar, dass das Volk genug von Konflikten und Bürgerkrieg habe und ihre Zeit als gesellschaftliche Avantgarde daher abgelaufen sei. Sogenannte Arbeiter-Bauern-Propagandagruppen wurden in die Hochschulen geschickt, um wieder für Ordnung zu sorgen. Die Rotgardisten wurden hingegen landverschickt, häufig in Grenzregionen, wo sie unter harschen Bedingungen von den Bauern in körperlicher Arbeit angeleitet werden sollten. Rund 17 Millionen städtische Jugendliche betraf diese Umerziehungsmaßnahme in den Jahren zwischen 1968 und 1980. Mit der Etablierung der Revolutionskomitees und der forcierten Landverschickung der Roten Garden endete die Kulturrevolution im Sinne der Maximen des 16-Punkte-Programms. In den folgenden Monaten stabilisierten die neuen Machtorgane ihre Position durch massive Säuberungskampagnen und pervertieren die vormals propagierten Ideale einer von der Jugend getragenen Revolution gegen altes Denken sowie autoritäre Parteistrukturen.

Lin Biao-Affäre und langsames Ende der Kulturrevolution

Mit dem 9. Parteitag im April 1969 kehrte die KPCh formell wieder zu ihren regulären Organisationsprinzipien zurück, und die Kulturrevolution wurde für erfolgreich beendet erklärt. Gelegentliche Anspielungen Maos auf die weiterhin existierende Bewegung in der Folgezeit führten zu bis heute andauernden Debatten, ob die Kulturrevolution mit dem Ende der Massenphase oder erst mit Maos Tod endete. Es kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, dass mit der teils

gewaltsamen Unterdrückung der Massenbewegung und der Rückkehr zu Formen parteistaatlich organisierter Teilhabe am politischen Gemeinwesen Kernanliegen der frühen Kulturrevolution negiert wurden. Allerdings blieben andere kennzeichnende Aspekte einstweilen bestehen, etwa die Personalisierung der Politik und die relative Schwäche der Institutionen. Vielen Aktivisten der frühen Phase wurde nun der Prozess gemacht. Rebellenführer und Parteikritiker wurden landverschickt, inhaftiert oder hingerichtet.

Lin Biao wurde auf dem 9. Parteitag offiziell zum Nachfolger Mao Zedongs ausgerufen, aber nur ein Jahr später ließen sich Spannungen an der Parteispitze nicht mehr übersehen. Diese sind nach heutigem Forschungsstand insbesondere auf Maos permanentes Misstrauen zurückzuführen und entzündeten sich an der Frage, wer dem 1969 verstorbenen Liu Shaoqi im Amt als Staatspräsident nachfolgen sollte. Vertreter der radikalen Linken und des Militärs gerieten hierüber in einen scharfen Konflikt, wobei sich beide Seiten der Unterstützung durch Mao sicher wähnten. Letztlich stärkte Mao die Position der Linken und begann gezielt, die Stellung Lin Biaos zu unterminieren.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass Lin Biao persönlich auf eine vorzeitige Machtübernahme drängte. Die enorm gewachsene Macht des Militärs wurde Mao Zedong allerdings spätestens deutlich, als Lin Biao im Herbst 1969 im Gefolge der Grenzscharmützel mit der Sowjetunion die Truppen landesweit in Alarmbereitschaft versetzen ließ, ohne dass Mao hierfür offiziell seine Zustimmung gegeben hatte. Letztlich strebte er in dieser Phase eine Situation permanenter Rivalität unter seinen Untergebenen an, die er je nach seinen Erfordernissen zu nutzen imstande war. Unabhängige Machtquellen nahm er hingegen als Bedrohung wahr. Lin Biaos Sohn schmiedete angesichts des sich verschlechternden Verhältnisses seines Vaters zu Mao bereits Attentatspläne, die jedoch nicht umgesetzt wurden. Während eines überhasteten Fluchtversuchs im September 1971 starb Lin Biao bei einer Notlandung in der Äußeren Mongolei.

Der in den Staatsmedien lange verschwiegene Tod des offiziellen Nachfolgers führte zu zahlreichen Krisensymptomen. Nicht

nur Mao Zedong persönlich fiel gemäß der Erinnerungen seines Leibarztes zeitweilig in Depressionen, auch das Vertrauen der Bevölkerung in die Richtigkeit der propagierten Wahrheiten sank in Anbetracht der zahlreichen Kurswechsel rapide. Der sich zeitgleich zu den innenpolitischen Konflikten vollziehende außenpolitische Wandel, sichtbar vor allem in der Annäherung an die Vereinigten Staaten mit dem Nixon-Besuch 1972 sowie in der Aufnahme in den UN-Sicherheitsrat im Oktober 1971, hatte neben dem Aufbrechen der außenpolitischen Isolation nicht zuletzt auch den Hintergrund, dass der Einfluss des Militärs geschwächt werden sollte. Durch die Stärkung des zivilen Staatsapparates unter Premierminister Zhou Enlai verschoben sich die innenpolitischen Machtverhältnisse. Ein erheblicher Teil der auf rund sechs Millionen Soldaten angeschwollenen Volksbefreiungsarmee wurde demobilisiert und 1973 mit Deng Xiaoping ein wesentliches Kritikopfer der Kulturrevolution als Hilfe für den an Krebs erkrankten Zhou Enlai rehabilitiert.

Es kam jedoch bis zu Maos Tod zu keiner Stabilisierung der politischen Verhältnisse. Sein Versuch, eine Balance zwischen ideologischer Radikalität und effizienter Organisation zu finden, erwies sich als Schimäre. Der kurzzeitig als Mao-Nachfolger auserkorene Shanghaier Arbeiterführer Wang Hongwen erwies sich als inkompetent und beeinflussbar. Die Gräben zwischen den Radikalen um Jiang Qing auf der einen und Deng Xiaoping auf der anderen Seite waren nicht überbrückbar und führten zu teilweise absurd anmutenden ideologischen Kampagnen, die mithilfe historischer Figuren erneut gegenwärtige Zustände kritisieren sollten. Anlässlich des Todes Zhou Enlais entlud sich die angestaute öffentliche Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in Form direkter Kritik an den Radikalen und öffentlichen Sympathiebekundungen für Zhou und Deng am Totengedenktag im April 1976. Der schwer kranke Mao Zedong ließ sich davon überzeugen, dass Deng Xiaoping als Drahtzieher hinter den Protesten stecke. Diese Ansicht hatte bereits einige Monate zuvor Nahrung erhalten, als sich Deng geweigert hatte, sich der von Mao vorgeschlagenen Bewertung der Erfahrungen der Kulturrevolution als 70 Prozent gut und 30 Prozent schlecht anzuschließen. Die Proteste auf dem Platz des Himmlischen Friedens wurden als „konterrevolutionär“ gebrandmarkt,

Deng ein weiteres Mal gestürzt und mit Hua Guofeng ein weitgehend unbekannter Politiker aus Maos Heimatprovinz Hunan in die Nachfolgeposition gehoben. Der Rückhalt der Radikalen in Partei, Militär und Bevölkerung war allerdings zu gering, als dass sie den Verlust von Maos Unterstützung hätten überstehen können. Nur einen Monat nach Maos Tod am 9. September 1976 wurden ihre führenden Vertreter, die nunmehr als „Viererbande“ bezeichnet wurden, in einem Putsch gefangen genommen und fünf Jahre später von einem Sondergerichtshof für den Versuch der Usurpierung der Staatsgewalt zu langjährigen Haftstrafen verurteilt.

Erbe und Deutungsstreit

Das Erbe der Kulturrevolution stellte die KPCh vor eine schwere Belastungsprobe. Die Bewegung hatte in ihrem Verlauf beinahe alle Beteiligten in einen Strudel aus Gewalt, politischen Verdächtigungen und ideologischen Kämpfen gezogen. Täter der frühen Phase waren in späteren Abschnitten selbst verfolgt worden, sodass die Verantwortung nur schwer lokalisierbar schien und fast alle sich als Opfer darstellen konnten. Nachdem sich Deng Xiaoping, gestützt auf seine politischen und militärischen Netzwerke, bis Ende 1978 wieder als maßgeblicher politischer Akteur etabliert hatte, entschied sich die vorwiegend aus rehabilitierten Altkadern und damit aus Opfern der Kulturrevolution bestehende Parteiführung dazu, eine strikte Trennlinie zwischen politischen Fehlern und kriminellen Taten zu ziehen. In Anbetracht des Negativbeispiels der Entstalinisierungspolitik Chruschtschows wurden Mao Zedong zwar schwere politische Fehlentscheidungen vorgeworfen, jedoch unterblieb eine Generalabrechnung. Vielmehr wurde Maos Rolle als zentraler Akteur der Parteigeschichte in einer Resolution festgeschrieben. Als Verantwortliche für die Gewalt und Exzesse der Bewegung wurden hingegen Vertreter der Radikalen sowie einige Getreue Lin Biaos abgeurteilt. Das Instrument eines juristischen, auf klaren Regeln basierenden Verfahrens diente dabei auch didaktischen Zwecken und sollte den Bruch mit der Willkürherrschaft verdeutlichen.

Unterhalb der Ebene der politischen Führung wurden Millionen von kulturrevolutionären Fällen neu aufgerollt und bewertet.

Auch wenn es sich meist nur um symbolische Rehabilitationen handelte und Wiedergutmachungszahlungen oder die Rückerstattung von entwendeten Gütern nur in begrenztem Umfang stattfanden, so wandte die Parteiführung um Deng doch erhebliche Zeit und Mittel dafür auf, das Protestpotenzial aufgrund historischer Unrechtsfälle gering zu halten. Mit der Festschreibung einer einzigen korrekten Version der Geschichte wurden weitere Debatten über die Vergangenheit weitgehend unterbunden und auch der künstlerischen Verarbeitung entsprechender Themen enge Grenzen gesetzt.

Gleichzeitig richtete sich der Blick auf die Zukunft und die ökonomische Modernisierung Chinas. Die sozialen und politischen Folgen der Reformpolitik hingegen schienen, insbesondere aus der Warte getreuer Anhänger Mao Zedongs, dessen düstere Prognosen hinsichtlich einer Wiederkehr des Kapitalismus in China zu bestätigen. Der oftmals obszön anmutende Reichtum hochrangiger Parteikader und ihrer Familien, der primär auf der Verfügungsmacht über staatliche Ressourcen basiert, sowie die wachsenden sozialen Unterschiede, haben dazu geführt, dass der von der Partei vorgegebene Deutungsrahmen der „umfassenden Verneinung“ der Kulturrevolution keinen uneingeschränkten Zuspruch mehr findet. Die politische Instrumentalisierung der Kulturrevolution zieht sich somit bis in die Gegenwart fort. Der damalige Ministerpräsident Wen Jiabao warnte noch 2012 angesichts eines wachsenden Personenkults um den später verurteilten Parteisekretär der Metropole Chongqing Bo Xilai vor einer Wiederkehr kulturrevolutionärer Zustände in China. Der aktuelle Parteichef Xi Jinping untersagte Ende 2013 kritische Forschungen zur maoistischen Vergangenheit, stützt sich aber andererseits zunehmend auf ein Arsenal an Herrschaftstechniken, die eng mit Mao Zedong verbunden sind. Letztlich greift jede Seite willkürlich die Aspekte der Kulturrevolution heraus, die die jeweiligen politischen Ziele zu untermauern scheinen. Die dringend gebotene Historisierung und Aufarbeitung dieses zentralen Abschnitts der neueren chinesischen Geschichte wird hierdurch erheblich erschwert.

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

Schwierige Erinnerung: 40 Jahre Ringen um gesellschaftlichen Konsens

Außerhalb der Volksrepublik (VR) China scheint weitgehend Konsens darüber zu bestehen, dass es der Kommunistischen Partei

Susanne Weigelin-Schwiedrzik
Dr. phil., geb. 1955; Professorin für Sinologie am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien, Spitalgasse 2, 1090 Wien/Österreich.
susanne.weigelin-schwiedrzik@univie.ac.at

Chinas (KPCh) gelungen sei, eine Diskussion über die Kulturrevolution, die nach offizieller Periodisierung 1966 begann und 1976 endete, zu unterdrücken und diese Phase der chinesischen Zeitgeschichte der Vergessenheit anheim zu geben. Ein genauer Blick auf die Verhältnisse zeigt jedoch, dass diese Auffassung auf einem Vorurteil beruht. Nicht nur ist die Kulturrevolution für alle, die an ihr beteiligt waren, von herausragender Bedeutung, weshalb in allen gesellschaftlichen Bereichen spätestens seit 1976 beziehungsweise seit der Entmachtung der sogenannten Viererbande um die Mao-Witwe Jiang Qing genauso viel diskutiert und erinnert wird wie unter den Heimkehrern aus dem Zweiten Weltkrieg in Europa. Auch die KPCh hat versucht, die Bevölkerung in eine von ihr dominierte Aufarbeitung der Kulturrevolution einzubeziehen und ihr in diesem Zusammenhang einen offiziellen Blick auf die „Zehn Jahre des Chaos“ vorzuschreiben.

Bücher und Artikel über die Kulturrevolution, die in chinesischer Sprache seit 1976 erschienen sind, füllen Regale in Bibliotheken wie der des berühmten John K. Fairbank Centers for Chinese Studies an der Harvard University. In den vergangenen Jahren findet man zudem unzählige Stellungnahmen zur Kulturrevolution im chinesischsprachigen Internet, und nicht wenige literarische Werke

sowie Filme aus der VR China beschäftigen sich direkt oder indirekt mit den Ereignissen der Zeit zwischen 1966 und 1976. Je mehr die Kulturrevolution in der chinesischen Gesellschaft diskutiert wird, umso mehr muss die Führung der KPCh erkennen, dass es ihr nicht gelungen ist, die Erinnerung zu dominieren. So greift sie zum Mittel der Tabuisierung und kann auch diese nicht durchsetzen. 40 Jahre nach dem Ende der Kulturrevolution hat die Gesellschaft in der VR China noch keinen Konsens zur Erinnerung an diese Phase gefunden. Stattdessen ist die Erinnerung fragmentiert und geprägt von einander gegenseitig bekämpfenden Fraktionen. Empathie oder Respekt für die Opfer ist keineswegs selbstverständlich, die Bestrafung der Täterinnen und Täter wurde nicht flächendeckend vorgenommen. Versöhnung ist so kaum möglich. Der chinesische Philosoph und Kulturrevolutionsforscher Xu Youyu hat schon vor vielen Jahren die Frage gestellt, wie es möglich sein kann, dass die Aktivisten der damaligen Zeit so wenig Empathie für ihre Opfer zeigen und es nicht wagen, der Vergangenheit ins Auge zu sehen.¹

Dabei ist zwischen offiziellem und inoffiziellem Diskurs zu unterscheiden, wobei zwischen beiden ein scharfer Wettbewerb um die Diskurshoheit besteht. Daneben muss man jedoch auch erkennen, dass öffentlicher und privater Diskurs koexistieren, manchmal in der Erinnerung ein und derselben Person. Nach derartigen bürgerkriegsähnlichen Ereignissen hat es auch außerhalb der VR China unter anderen politischen Systemen lange gedauert, bis ein gesellschaftlicher Konsens gefunden werden konnte. Die Tatsache, dass die Kulturrevolution in der Erinnerung derjenigen, die an ihr teilnahmen, lebendig ist und immer mehr junge Menschen Interesse an dieser Diskussion finden, sollte als Zeichen einer gesellschaftlichen Dynamik gewertet werden, die sich dem Blick von außen auf die Verhältnisse in der VR China zu selten öffnet. Wenn wir uns also genauer mit der Erinnerung an die Kulturrevolution in der VR China auseinandersetzen, erkennen wir plötzlich, was viele für unmöglich erachten: die Existenz einer starken und selbstbewussten, wenn auch

¹ Vgl. Xu Youyu, *Women gan bu gan zhimian lishi?* (Wagen wir es, der Geschichte ins Auge zu sehen?), o. D., http://blog.boxun.com/hero/xuyy/36_1.shtml (6.4.2016).

zerrissenen Gesellschaft sowie eines Staates, der trotz seines Glaubens an die Allmacht der Propaganda die Gedanken der Bevölkerung nicht zu beherrschen vermag.^f

„Zehn Jahre des Chaos“: Partei-offizielle Geschichtsschreibung

Am 1. Juli 1981, fünf Jahre nach dem Tod Mao Zedongs, veröffentlichte das Parteiorgan der KPCh den „Beschluss über einige Fragen der Geschichte der KPCh seit Gründung der VR China“.^f In ihm wurde ein Resümee der Geschichte seit 1949 gezogen und insbesondere eine Bewertung der Kulturrevolution und der Rolle, die Mao in ihr spielte, vorgenommen. Zusammenfassend spricht man heute von der „totalen Negierung“ der Kulturrevolution und bezieht sich dabei auf das Diktum der Resolution von 1981, wonach die Kulturrevolution als „links-opportunistischer Fehler“ zu kritisieren sei. Dabei wird zwar hervorgehoben, dass Mao mit seinen Theorien zur Weiterführung des Klassenkampfes im Sozialismus und zur ununterbrochenen Revolution die theoretische Grundlage für diesen Fehler gelegt habe. Zugleich wird aber auch darauf verwiesen, dass im Mai 1966 das Zentralkomitee einstimmig dem Vorschlag gefolgt sei, die Kulturrevolution einzuleiten. Im weiteren Verlauf habe die „Viererbande“ die Vorstellungen Mao Zedongs jedoch missinterpretiert und einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass die Massenbewegung chaotische Züge annahm. Hierbei habe eine Rolle gespielt, dass große Teile der Bevölkerung an der Bewegung teilgenommen und die Machenschaften der Bande um Maos Frau nicht durchschaut hätten.

Die Resolution vermeidet eine eindeutige Benennung von Tätern und Opfern. Stattdessen werden alle für verantwortlich erklärt; Bedauern gegenüber den Opfern wird genauso wenig zum Ausdruck gebracht wie eine

eindeutige Ablehnung der menschenverachtenden Gewalt. Dabei wurde der Beschluss zu einem Zeitpunkt gefällt, da Deng Xiaoping – eines der prominentesten Opfer der Kulturrevolution – die Partei de facto bereits führte und mit ihm viele der während der Kulturrevolution ausgeschalteten Politiker wieder in die höchsten Gremien der Partei eingerückt waren. Es wäre ihnen, so könnte man meinen, ein Leichtes gewesen, Opfer und Täter beim Namen zu nennen.

Dass sie dies nicht taten, hat mindestens zwei Gründe. Mao hatte einmal gesagt, die Kulturrevolution sei eine von zwei großen Errungenschaften seines Lebens.^f Wäre die „totale Negierung“ so weit gegangen, die Kulturrevolution nicht nur als einen „links-opportunistischen Fehler“, sondern gar als ein Verbrechen zu qualifizieren, hätte dies bedeutet, dass die Partei von ihrem „großen Steuermann“ gänzlich hätte abrücken müssen. Das aber wollte niemand zum damaligen Zeitpunkt. Die Opfer an der Spitze der KPCh waren ehemalige Kampfgenossen Mao Zedongs. Sie hatten ihn zum unangefochtenen Parteiführer gemacht, den Personenkult zugelassen und sich seinen theoretischen Eskapaden nie widersetzt. Sie fühlten sich ihm auf Gedeih und Verderb verbunden und wagten es nicht, dem Beispiel der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion zu folgen und sich von Mao so radikal loszusagen, wie dies Chruschtschow 1956 gegenüber Stalin getan hatte. Schließlich stand er für den Sieg der chinesischen Revolution, und dieser war und ist die Grundlage für den Monopolan-spruch der KPCh.

Der zweite Grund ist komplexer. Er bezieht sich auf die sogenannten Rotgardisten, die in Beijing zu Beginn der Kulturrevolution die Chance sahen, sich als „Fortsetzer der revolutionären Sache“ zu profilieren.^f Die Gräueltaten, die das Bild dieser Massenbewegung

^f Zur Situation vor zehn Jahren vgl. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, In Search of a Master Narrative for 20th Century Chinese History, in: The China Quarterly, (2006) 188, S. 1070–1091; zur Situation der 1990er Jahre vgl. Gao Mobo, Debating the Cultural Revolution: Do We Only Know What We Believe?, in: Critical Asian Studies, 34 (2002) 3, 2002, S. 419–434.

^f Guanyu jianguo yilai dang de ruogan lishi wenti de jueyi, in: Renmin Ribao (Volkszeitung) vom 1.7.1981, S. 1–7.

^f Vgl. Woju Xiyu (jap.), Mao Zedong yi sheng ke gaikuo wei san jian da shi (Das Leben Mao Zedongs kann in drei großen Ereignissen zusammengefasst werden), 9.3.2006, <http://theory.people.com.cn/GB/49157/49163/4181901.html> (6.4.2016). Der Autor selbst macht drei Ereignisse geltend, verweist aber auf Mao Zedong, der sich angeblich auf die zwei genannten Ereignisse bezog.

^f Für eine ausführliche Analyse dieser Bewegung vgl. Andrew Walder, Fractured Rebellion: The Beijing Red Guard Movement, Cambridge MA 2009.

allenthalben prägen, waren Gewaltexzesse, zu denen es im Zuge der Bildung von Organisationen der Rotgardisten in der zweiten Hälfte des Jahres 1966 kam. Die Söhne und Töchter führender Kader der KPCh bemächtigten sich der Bewegung und setzten sich an die Spitze der Hauptstadtjugend im Kampf gegen Professoren, Lehrerinnen, Künstler, Schriftstellerinnen und andere Intellektuelle, die entsprechend ihres niederen Rangs in der gesellschaftlichen Rangskala der Kulturrevolutionäre als die „stinkende Nummer 9“ bezeichnet wurden. Ihnen unterstellten die Rotgardisten kleinbürgerliches Verhalten, Verrat an der Partei und die Neigung, China wieder zurück auf den Weg zum Kapitalismus führen zu wollen. Rotgardist konnte nur werden, wer „revolutionäre“ Eltern hatte. Alle Jugendlichen, deren Eltern nicht in der Partei waren oder deren Vorfahren als „Konterrevolutionäre“ abgestempelt, enteignet und vom gesellschaftlichen Geschehen ausgeschlossen worden waren, durften an der Bewegung nicht teilnehmen. Solange die Rotgardisten in Beijing das Geschehen beherrschten, tobte ein Mob aus Jugendlichen durch die Straßen, die man zuvor mit rotem Halstuch, weißer Bluse und blauer Hose als wohlherzogen, angepasst und privilegiert wahrgenommen hatte. Wer hätte gedacht, dass die braven Söhne und Töchter sich über Nacht derart wandeln würden? In den ersten sechs Monaten nach Beginn der Kulturrevolution starben allein in Beijing 1700 Menschen als Folge von Gewalt, die von den Rotgardisten ausging.¹⁶

All das steht aber nicht in der Resolution von 1981, hätte doch eine unumwundene Ablehnung dieser Gewaltexzesse zur Folge gehabt, dass die gerade wieder an die Macht zurückgekehrten Parteioberen ihre eigenen Kinder ans Messer lieferten. Eine Verurteilung der Machenschaften der Rotgardisten hätte bedeutet, dass keiner von ihnen je wieder in die Führung der Partei hätte vordringen können. Das konnten die alten Herren an der Parteispitze nicht wollen, und so mussten die schwer gedemütigten Opfer der Kulturrevolution darauf verzichten, die Täter und deren Machenschaften zu benennen. Damit dies

¹⁶ Die ausführlichste, wenn auch nicht immer korrekteste Darstellung dieser Vorgänge findet sich in: Wang Youqing, *Wenge shounan zhe* (Opfer der Kulturrevolution), Hongkong 2004, www.edubridge.com/erxi-antang/l2/victim_ebook_070505.pdf (6. 4. 2016).

jedoch nicht allzu stark auffiel, wurden kurzerhand die gesamte Partei und die gesamte Bevölkerung zu Mitverantwortlichen und Komplizen erklärt.

Inzwischen stellt sich die Frage, ob es nicht noch einen weiteren Grund für das Schweigen über die Gewalt der Rotgardisten gibt. Es gibt – allerdings nicht offen ausgesprochen – die Auffassung, die späteren Opfer Mao Zedongs aus den Reihen der Parteiführung hätten ihre Kinder vorgeschickt. Durch die Rotgardistenorganisationen hätten sie sich der Bewegung bemächtigen und für eine rasche Beendigung der Kulturrevolution sorgen sollen. Gewalt sei dabei ein geeignetes Mittel gewesen, um mit dem Argument, die Bewegung geriete aus dem Ruder, deren sofortige Beendigung zu bewirken.¹⁷

Unbeantwortete Fragen

Mit der Resolution von 1981 hatte die damalige Parteiführung zwar vielleicht einen parteiinternen Konsens herstellen können. Gesellschaftlich hat sie sich aber nie durchgesetzt, die großen Fragen blieben alle unbeantwortet. Nicht nur fehlte es an einer Verurteilung der Machenschaften der Rotgardisten, auch deren Hauptgegner und Rivalen, die sogenannten Rebellen, auf die Mao sich stützte, sobald er die eigene Partei und nicht mehr die Intellektuellen zum Hauptgegenstand der Kritik erhob, wurden mit keinem Wort erwähnt. Sie waren im Zuge der Kulturrevolution Maos Aufruf gefolgt und hatten sich an die Spitze einer gegen die Parteibürokratie gerichteten Bewegung gesetzt. Sie hatten die Rotgardisten entlarvt und den Kampf gegen deren Eltern aufgenommen. Warum wurden sie nicht rehabilitiert? Freilich lag es nahe, dass eine Parteiführung, die sich nach dem Tode Maos zu einem erheblichen Teil aus Opfern der Kulturrevolution zusammensetzte, diejenigen nicht würde ins Recht setzen können, die sie malträtiert hatte. Doch im Sin-

¹⁷ Diese Version wird inzwischen als Gegenerzählung zu der parteioffiziellen Darstellung auf Blogs diskutiert. Vgl. zum Beispiel Shidai Jianbing, Wang Jingyao jujue daoqian de mudi shi yingshe Mao Zedong, (Wenn Wang Jingyao die Entschuldigung nicht annimmt, so tut er das mit dem Ziel, auf Mao anzuspiegeln), o. D., www.wywxwk.com/Article/zatan/2014/02/313478.html (7. 4. 2016).

ne der oben angesprochenen Kontinuität der Anerkennung Maos als Führer der chinesischen Revolution hätte man das Wirken der sogenannten Rebellen positiv beurteilen müssen, auch wenn deren Eintritt in die Kulturrevolution die Gewalt noch vermehrt hatte und in der Auseinandersetzung zwischen Rotgardisten und Rebellen noch mehr Blut geflossen war als zuvor. Stattdessen hatten die Rebellen schon während der Kulturrevolution erfahren müssen, dass sie, die keinen „roten“ Familienhintergrund nachweisen konnten, letztlich auch marginalisiert, verfolgt und bekämpft wurden. Umso misstrauischer schauten sie 1981 auf den Beschluss der Partei, nur um herauszufinden, dass sie darin nicht vorkommen.⁸

Ab 1968 waren die Jugendlichen aus der Stadt aufs Land verschickt worden. Auf diese Weise wurde das gewaltaffine Protestpotenzial über ganz China verteilt. Die Jugendlichen, die sich durch ihre aktive Teilnahme an der Kulturrevolution als zukünftige Führer hatten qualifizieren wollen, mussten ihre Hoffnungen auf eine Teilhabe an der Elite nun fahren lassen – stattdessen wurde ihnen der Schwur abgenommen, ein Leben lang auf dem Lande zu leben und auf diesem Wege der Nation zu dienen. Hatte Mao Zedong sie verraten, missbraucht oder hinters Licht geführt? Auch darauf hatte die Resolution von 1981 keine Antwort parat.⁹

Und wie steht es mit dem Militär? Mao hatte es 1968 aufgefordert, in das Geschehen einzugreifen, weil er keine andere Möglichkeit mehr sah, dem Bürgerkrieg Einhalt zu gebieten. Musste das Militär nicht dafür gelobt werden, dass es Ruhe und Ordnung wiederhergestellt hatte? Oder sollte man, wie die Rebellen es sich wohl gewünscht hätten, das Militär dafür verantwortlich machen, dass plötzlich mit Panzern und Gewehren aufeinander geschossen worden war und im Kampf noch mehr Menschen ihr Le-

ben gelassen hatten? Die Resolution nimmt hier den Mittelweg, lobt das Militär und kritisiert es zugleich.

Heute wissen wir, dass etwa 1,7 Millionen Menschen während der Kulturrevolution ums Leben kamen. Wie sollen die Familien und Freunde dieser Opfer mit dem Verlust fertig werden, wenn die Ereignisse, die den Tod herbeiführten, in einer solchen Parteilösung, die unter den gegebenen Umständen als einzige mit der Autorität ausgestattet war, über Recht und Unrecht zu urteilen, noch nicht einmal erwähnt werden?

Gesellschaftliche Reaktionen

Mit der Verabschiedung der Resolution erklärte Deng Xiaoping die bis dahin erstaunlicherweise relativ offen und öffentlich geführte Diskussion über die Kulturrevolution für beendet.¹⁰ Ebenso sollte nun die Phase der Rehabilitierung von Personen, die während der Kulturrevolution öffentlich an den Pranger gestellt worden waren, enden. Untersuchungskommissionen, die noch in den späten 1970er Jahren versucht hatten, die Gründe für Mord und Selbstmord aufzuklären, wurden aufgelöst. Es setzte nun die offizielle Tabuisierung des gesamten Themas ein, womit die Familien der Opfer am schlechtesten leben konnten.¹¹ Sie versuchten, zumindest im privaten Rahmen ihrer verstorbenen Angehörigen zu gedenken, wurden dabei aber immer wieder von der Polizei behindert.¹²

Andere begrüßten die Möglichkeit, die Grauen der Kulturrevolution vergessen zu können. Dies galt insbesondere für Überlebende, die oft an der Seite ihrer ehemaligen Peiniger ihren Beruf ausübten. Sie sahen keine Möglichkeit, sich mit den Tätern

⁸ Vgl. Susanne Weigelin-Schwiedrzik/Cui Jinke, *Whodunnit? Memory and Politics Before the 50th Anniversary of the Cultural Revolution*, in: *The China Quarterly*, (2016) (i. E.).

⁹ Vgl. Nora Sausmikat, *Resisting Current Stereotypes: Private Narrative Strategies in the Autobiographies of Former Rusticated Women*, in: Woei Lien Chong (Hrsg.), *China's Great Proletarian Cultural Revolution: Master-Narratives and Post-Mao Counternarratives*, Lanham 2002, S. 255–283.

¹⁰ Vgl. Jin Chunming, *Wenhua da geming shigao* (Abriss einer historischen Darstellung der Großen Kulturrevolution), Chengdu 1995, S. 503.

¹¹ Vgl. Agnes Schick-Chen/Astrid Lipinsky (Hrsg.), *Justice Restored? Between Rehabilitation and Reconciliation in China and Taiwan*, Frankfurt/M. 2012; Sue Trevaskes, *People's Justice and Injustice: Courts and the Redressing of Cultural Revolution Cases*, in: *China Information*, 16 (2002) 2, S. 1–26.

¹² Vgl. Mary G. Mazur, *Public Space for Memory in Contemporary Civil Society: Freedom to Learn From the Mirror of the Past?*, in: *The China Quarterly*, (1999) 160, S. 1019–1035.

zu versöhnen, und die Täter sahen oft keine Notwendigkeit, sich bei ihren Opfern zu entschuldigen, begriffen sie sich doch selbst als Opfer, auch dann, wenn sie in einer bestimmten Phase der Bewegung aktiv an Gewaltexzessen beteiligt gewesen waren. All jene, die als Mitläufer teilgenommen hatten, waren froh, nun ein Leben in größerer Sicherheit und mit der Perspektive auf wachsenden Wohlstand leben zu können. Auch sie hatten nichts dagegen einzuwenden, dass die Kulturrevolution nicht mehr Gegenstand öffentlicher Erörterung war.¹³

Privat wurde und wird jedoch weiter über die Erinnerungen an die Jahre 1966 bis 1976 gesprochen. Eine große Rolle spielt dabei die gemeinsame Erfahrung als landverschickte Jugendliche. Auch wenn die politisch aktiven Teile der Betroffenen diese Maßnahme als Verrat empfanden, war das Leben auf dem Land für viele der jungen Menschen ein großes, wenn auch mit vielen Schwierigkeiten verbundenes Abenteuer. Sie hatten sich in dieser Phase von ihren Eltern unabhängig machen können, hatten Aspekte des Lebens in ihrer Heimat kennengelernt, von denen sie zuvor nichts gehört hatten, und eine Jugend erlebt, die gemessen an den Traditionen des Landes als ungebunden zu bezeichnen ist. Inzwischen gibt es sogar große Versammlungen der ehemals landverschickten Jugendlichen und entsprechende Literatur. Auf diese Weise erfährt die Kulturrevolution unter der Hand bisweilen eine gewisse Verklärung.¹⁴

Die Erinnerungsgemeinschaften, die in diesem Zusammenhang entstehen, tauschen ihre Erfahrungen nur unter Menschen aus, die selbst an der Kulturrevolution beteiligt waren. Die nachgeborene Generation ist von dieser Kommunikation weitgehend abgeschnitten. Für sie ist die Kulturrevolution ein weißer Fleck, etwas, über das sie, wenn überhaupt, nur Schlechtes hören, ohne genau zu wissen, worum es eigentlich ging. Auch im Schulunterricht ist die Kulturrevolution kein Thema. So beginnen einige, sich ihr eigenes Bild von den damaligen Ereignissen zu machen und sich online darüber auszutau-

schen.¹⁵ Da der Ausgangspunkt für derartige Imaginationen häufig die Unzufriedenheit mit der eigenen Gegenwart ist, gerät die Kulturrevolution hier oftmals zu einem positiv verzerrten Gegenbild der heutigen Zeit. Die soziale Ungleichheit, die große Kluft zwischen Arm und Reich, die im heutigen China von vielen als ungerecht empfunden wird, steht der Gleichheit in Armut entgegen, die für das Leben während der Kulturrevolution typisch war. Der Abwendung von allem Politischen in der heutigen Zeit wird die allgemeine Politisierung der Gesellschaft in den Jahren zwischen 1966 und 1976 entgegengesetzt. Das verbreitete Gefühl, dass ständig andere über einen bestimmen, steht der damaligen Möglichkeit zu umfassender Partizipation gegenüber, woraus manche Blogger fälschlicherweise folgern, die Kulturrevolution sei demokratisch gewesen.

Seit dem großen „Erinnerungsjahr“ 2006 haben derartige Stimmen deutlich zugenommen. Sie erhalten dabei Unterstützung von einer politischen Gruppierung, die sich mit öffentlichen Äußerungen lange zurückgehalten hat. Dies sind die sogenannten Alt-Maoisten, die nun offen gegen die damalige Machtübernahme durch Deng Xiaoping argumentieren und die heutigen Zustände in der VR China im Sinne Mao Zedongs als „Restauration des Kapitalismus“ bezeichnen. Diese Gruppe hält daran fest, dass Maos Theorie über den Klassenkampf im Sozialismus richtig sei. Der von Mao abgesetzte Staatspräsident Liu Shaoqi und Deng Xiaoping seien von Mao zu Recht als „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“ an den Pranger gestellt worden. Die Gewalt, die allseits mit der Kulturrevolution in Zusammenhang gebracht werde, sei nicht Teil der Strategie Maos gewesen, sondern von denjenigen Führern der Partei, die Mao alsbald als seine Feinde erkannte, bewusst mithilfe der Rotgardisten entfacht worden, um Maos Projekt ad absurdum zu führen. Obwohl die Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KPCh auch für das Jahr 2016 wieder entschieden hat, dass es keine öffentliche Diskussion zur Kulturrevolution geben darf, werden derartige Einträge aus dem Internet nicht gelöscht.¹⁶

¹³ Vgl. hierzu auch Xu Youyu (Anm. 1).

¹⁴ Vgl. Liu Xiaomeng, *Zhongguo zhiqing koushu shi* (Oral history der aufs Land geschickten Jugendlichen), Beijing 2004.

¹⁵ Vgl. C. F. Gao Mobo, *The Battle for China's Past: Mao and the Cultural Revolution*, London–Ann Arbor 2008.

¹⁶ Vgl. S. Weigelin-Schwiedrzik/Cui Jinke (Anm. 8).

Viele der ehemaligen Rebellen sind im Zuge der Ereignisse auf dem Tian'anmen-Platz im Frühsommer 1989 ins Exil gegangen. Über das Internet tauschen sie ihre Meinungen zur Kulturrevolution aus und schreiben Artikel zum Thema. Auch wenn die Autoren inzwischen zu Vorkämpfern für Menschenrechte in China geworden sind, bedienen sie in einigen Beiträgen erstaunlicherweise immer noch die Diktion der Kulturrevolution. Obwohl manche von ihnen in der Kulturrevolution aktiv waren und dabei anderen Menschen Schaden zugefügt haben, halten sie es offenbar nicht für notwendig, diese Taten als Fehler einzugestehen, um sich glaubwürdig für Menschenrechte einsetzen zu können.

Manche, die sich von Mao verraten sehen, gestehen ihm zwar zu, dass er mit der Kulturrevolution lautere Ziele verfolgt habe. Zugleich sind sie aber der Auffassung, dass sein Aufruf an die Armee, die Lage im Lande zu beruhigen, eine Abkehr von den ursprünglichen Zielen dargestellt habe. Erst dies habe die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das bürokratische System, das man habe abschaffen wollen, wieder installiert werden konnte. Die ehemaligen, im Ausland lebenden Rebellen haben die Kulturrevolution als Phase der großen Partizipation in Erinnerung und fragen sich bis heute, warum aus dieser Bewegung nichts Positives entstanden ist. Sie sehen sich als Avantgarde für ein soziales und demokratisches China und leiden darunter, dass sie von der Elite, die nach der Kulturrevolution wieder an die Macht gekommen ist, marginalisiert und letztlich aus dem Lande verstoßen worden sind.¹⁷

Aus der Geschichte lernen?

Der auch in Deutschland bekannte chinesische Schriftsteller Wang Meng¹⁸ veröffentlichte erst kürzlich in der Zeitschrift „Yanhuang Chunqiu“, in der oft Vertreter der alten Generation zu Wort kommen, die in der Mao-Ära Verfolgungen ausgesetzt waren, einen Artikel zur Frage des Umgangs mit der Kulturrevolution. Er stellt fest, dass inzwischen viele Quellen zur Kulturrevolution

¹⁷ Vgl. S. Weigelin-Schwiedrzik (Anm. 2).

¹⁸ Der im deutschen Sprachraum wohl bekannteste Roman von Wang Meng ist „Rare Gabe Torheit“ (1994).

gesammelt und Details aus dem Geschehen erforscht werden. Die Frage, warum es überhaupt zur Kulturrevolution habe kommen können, sei jedoch bis heute unbeantwortet geblieben. Diese Frage angemessen zu beantworten, sei aber eine Verantwortung, die man für China und die ganze Welt zu übernehmen habe.¹⁹

Er ist nicht der einzige, der dazu aufruft, die Erfahrungen der Kulturrevolution aufzuarbeiten, um daraus Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die Überlebenden der Kulturrevolution, insbesondere diejenigen, die sich als Opfer der bürgerkriegsähnlichen Zustände jener Zeit betrachten, beobachten mit Schrecken, dass die „totale Negierung“ der von Mao Zedong entfachten Massenbewegung gesellschaftlich immer weniger akzeptiert wird. Die Verklärung der Massenbewegung als Massenpartizipation, die in jüngster Zeit immer mehr Befürworter findet, schürt die Angst vor einem erneuten Ausbruch gesellschaftlicher Gewalt als Mittel im Kampf gegen Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Unfreiheit.

In diesem Kontext sind auch die Versuche einiger ehemaliger Rotgardisten zu sehen, sich für die Gewalt in der Frühphase der Kulturrevolution öffentlich zu entschuldigen. Der heute 70-jährige Chen Xiaolu, Sohn des lang gedienten chinesischen Außenministers Chen Yi, war 2013 der Erste, der sich öffentlich dafür entschuldigte, seine Lehrer an der Beijinger Mittelschule malträtiert und in den Tod getrieben zu haben: „Meine Entschuldigung kommt zu spät. Doch die Säuberung meiner Seele, der Fortschritt der Gesellschaft und die Zukunft der Nation verlangen nach dieser Entschuldigung.“²⁰

¹⁹ Vgl. Wang Meng, Fansi wenge ze wu pang dai (Die Verantwortung für die Auseinandersetzung mit der Kulturrevolution kann nicht abgegeben werden), in: Yanhuang Chunqiu, (2016) 3, S. 1–5.

²⁰ Zit. nach: Jane Perlez, A Leader in Mao's Cultural Revolution Faces His Past, in: The New York Times vom 6.12.2013, www.nytimes.com/2013/12/07/world/asia/a-student-leader-in-maos-cultural-revolution.html (6.4.2016).

Stefan R. Landsberger

Zur Plakatpropaganda der Kulturrevolution

Der Beginn der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, die zehn Jahre lang (1966 bis 1976) in China wütete, jährt sich 2016 zum 50. Mal. In

Stefan R. Landsberger

Dr. phil., geb. 1955; Olfert Dapper Professor em. für zeitgenössische chinesische Kultur an der Universität Amsterdam; Dozent für chinesische Zeitgeschichte und soziale Entwicklungen an der Universität Leiden; Besitzer einer der größten privaten Sammlungen chinesischer Propagandaplakate.
<http://chinese posters.net>
s.r.landsberger@hum.leidenuniv.nl

den Augen vieler westlicher Beobachter war diese Phase der chinesischen Geschichte von einem schier endlosen Strom eindringlicher Propagandaplakate gekennzeichnet. Doch man hat den Eindruck, ihnen ist dieses Kommunikationsmittel erst zu dieser Zeit bewusst aufgefallen. Tatsächlich wurden Plakate in der Volksrepublik China schon immer genutzt, um die Dinge darzustellen, die die Staatsführung für die ökonomische und politische Modernisierung des Landes als besonders wichtig erachtete. Die Plakatpropaganda war dabei stets eingebettet in eine breitere Kommunikationsstrategie, die auch Zeitungen, Filme, Radiosendungen, Literatur, Lyrik, Malerei, Bühnenstücke und Musik umfasste. In einem Land, in dem es so viele Analphabeten gab wie seinerzeit in China, schienen Plakate besonders gut geeignet, um das Volk zu „bilden“ und den vielen verschiedenen abstrakten politischen Maßnahmen und grandiosen Zukunftsvisionen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) konkreten Ausdruck zu verleihen.

Ein bevorzugtes Vehikel politischer Kommunikation waren Plakate zudem, weil sie sich kostengünstig und einfach produzieren ließen. Sie waren breit einsetzbar und überall zu sehen. Sie boten außerdem ein hervorragendes Mittel, um ansonsten eintönige

Orte aufzuhellen. So durchdrangen sie sämtliche Sphären der Gesellschaft – von Büros und Fabriken über Privatwohnungen bis hin zu Schlafsälen. Um die aktuellen politischen Trends so detailliert wie möglich ins Bild zu setzen, wurden die talentiertesten Künstler engagiert. Vor der Gründung der Volksrepublik 1949 hatten viele von ihnen als Werbezeichner gearbeitet, nun wurden sie von der Regierung und den Parteiorganisationen vereinnahmt. Ihre Plakate sollten einen Blick in die Zukunft ermöglichen: Sie zeigten nicht das Leben, wie es *wirklich war*, sondern wie es *sein sollte*. Propaganda wurde so zu einer Art „Faktion“, einer Mischung aus Fakt und Fiktion, die nur das Positive betont und alles Negative ausblendet.

Eine Inspiration für die KPCh war auch der Sozialistische Realismus, wie er sich in der Sowjetunion seit den 1930er Jahren entfaltet hatte. Rasch wurde diese Stilrichtung auch in China adaptiert, wodurch sich wiederum neue Kunstformen herausbildeten. Der Sozialistische Realismus konzentrierte sich auf die Darstellung von Industrieanlagen, Hochöfen, Kraftwerken, Baustellen und freudig ihrer Arbeit nachgehenden Menschen; insofern lieferte er einen realistischen Blick auf das Leben, jedoch gemalt in den rosigen Farben des Optimismus.

In den frühen Jahren der Volksrepublik standen vor allem die großangelegte Industrialisierung, die gesteigerte landwirtschaftliche Produktion sowie die Emanzipation der Arbeiter, Bauern und Soldaten im Mittelpunkt der Plakatpropaganda. Während des sogenannten Großen Sprungs nach vorn (1958 bis 1960) wurden die Stahlproduktion in Kleinbetrieben und die landwirtschaftliche Produktivität betont. Mit der Kulturrevolution ab 1966 begannen politische Elemente die Kunst zu dominieren. Jedes Stückchen des Plakatdesigns war nun durchtränkt von politischer Symbolik – von der Verwendung bestimmter Farben bis zur exakten Platzierung von Personen in der Bildkomposition. Die revolutionäre (Plakat-)Kunst wurde erstmalig sogar zum bevorzugten Vehikel der Parteiideologie, statt nur eine unter vielen Komponenten einer größeren Kommunikationsstrategie zu sein. Dennoch wurde die Dis-

*Übersetzung aus dem Englischen:
Johannes Piepenbrink*

Die Mobilisierung revolutionärer Bauern ist großartig!
(Geming nongmin yundong, haodehen!), Februar 1967



Der Titel des Plakats ist ein Mao-Zitat. Die Banner im Hintergrund zeigen Slogans, die 1967 kursierten (von links nach rechts): „Lang lebe der Sieg der Großen Proletarischen Kulturrevolution“, „Revolution ist kein Verbrechen, es ist gerechtfertigt zu rebellieren“, „Schließ dich der Revolution an, erhöhe die Produktion“. Der erleuchtete Bauer mit Hacke und „Mao-Bibel“ drückt einen anderen beiseite, der mit „Ökonomismus“ infiziert und von „haushalts-gebundener Produktion“ geblendet ist.

Quelle: International Institute of Social History, Amsterdam, * Ill 4 * PC-1967-024 (Private collection); Designer: Jilin Lu Yi Great Revolutionary Rebel Army; Publisher: Jilin renmin chubanshe; 76 × 53,5 cm.

Folge in Literatur und Kunst der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao und schreite siegreich voran (Yanzhe Mao zhuxide geming wenyi luxian shengli qianjin), ca. 1968



Auf der Höhe der Mao-Verehrung erscheint der Parteivorsitzende als strahlende Sonne hoch über den Menschenmassen. Die tanzenden Figuren stammen aus den von Maos Frau Jian Qing entwickelten revolutionären Modellopern.

Quelle: International Institute of Social History, Amsterdam, * Ill 1 * BG E13/632-4 (Landsberger collection); Designer: Central Academy of Industrial Arts collective work; 76,5 × 154 cm.

krepanz zwischen dem, was auf den Plakaten dargestellt wurde, und der tatsächlichen Realität zugleich immer greifbarer. Dies machte es zunehmend schwerer, die transportierten Botschaften zu „schlucken“.

Der Niedergang der Plakatpropaganda begann in den frühen 1980er Jahren, also einige Zeit nach Maos Tod und dem Ende der Kulturrevolution (beides 1976). Unter Deng Xiaoping legte die KPCh ihr Hauptaugenmerk auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, zugleich öffnete sich China dem Westen. Die revolutionären Plakate aus den vergangenen Zeiten hatten ihren Zweck verloren und wurden nun zu vermarkteten Produkten, zu Sammlerstücken.

Fragen nach der Rezeption, Popularität und dem Einfluss der Propagandaplakate sind schwierig zu beantworten. Die meisten chinesischen Quellen halten an der offiziellen Deutung fest, dass die Plakate der Bevölkerung im Allgemeinen gefielen. Allerdings ist in diesen Berichten – unabhängig davon, ob sie in den frühen Tagen der Volksrepublik oder später geschrieben wurden – nichts über eventuelle

Bildungseffekte zu erfahren, die die Plakate gehabt haben könnten. Aus über sechs Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft gibt es keinen Beleg dafür, dass die Partei jemals erwogen hat, die Rezeption oder die Wirksamkeit ihrer Plakatbotschaften zu erforschen: Sie wurden schlicht als das richtige Medium zur richtigen Zeit gesehen. Aus den zahlreichen Gesprächen, die ich in über 35 Jahren mit Chinesinnen und Chinesen aus verschiedensten gesellschaftlichen Schichten geführt habe, ergibt sich ein Bild, das von der offiziellen Lesart der Wertschätzung und Effektivität der Plakate abweicht. Viele betonen, dass „niemand in China diese Dinge mochte“ oder „ohnehin niemand sie kaufen würde“.¹

Es bleibt somit im Unklaren, wie die Menschen seinerzeit tatsächlich über die Plakate dachten, oder ob sie das, was sie sahen, wirklich ablehnten. Wir können weder sicher sein,

¹ Zit. nach: Stefan Landsberger, Contextualizing (Propaganda) Posters, in: Christian Henriot/Yeh Wen-hsin (Hrsg.), Visualizing China, 1845–1965. Moving and Still Images in Historical Narratives, Leiden u. a. 2013, S. 379–405, hier: S. 392.

Der abtrünnige Verräter und Schuft Liu Shaoqi muss für immer aus der Partei verbannt werden! (Ba pantu, neijian, gongzei Liu Shaoqi yongyuan kaichu chudang!), November 1968



Für viele Jahre (1959 bis 1968) war Liu Shaoqi als zweiter Präsident der Volksrepublik hinter Mao der mächtigste Mann in China, ehe er nach Beginn der Kulturrevolution zum „Staatsfeind Nummer eins“ erklärt wurde. Auf dem Plakat ist sein Name in schwarzen Schriftzeichen geschrieben, jedoch rot durchgestrichen – eine Praxis, die auch bei Todesurteilen zur Anwendung kam.

Quelle: International Institute of Social History, Amsterdam, * Ill 3 * BG G2/23 (Landsberger collection); Designer: unbekannt; Publisher: Shanghai renmin meishu chubanshe; 76 × 105,5 cm.

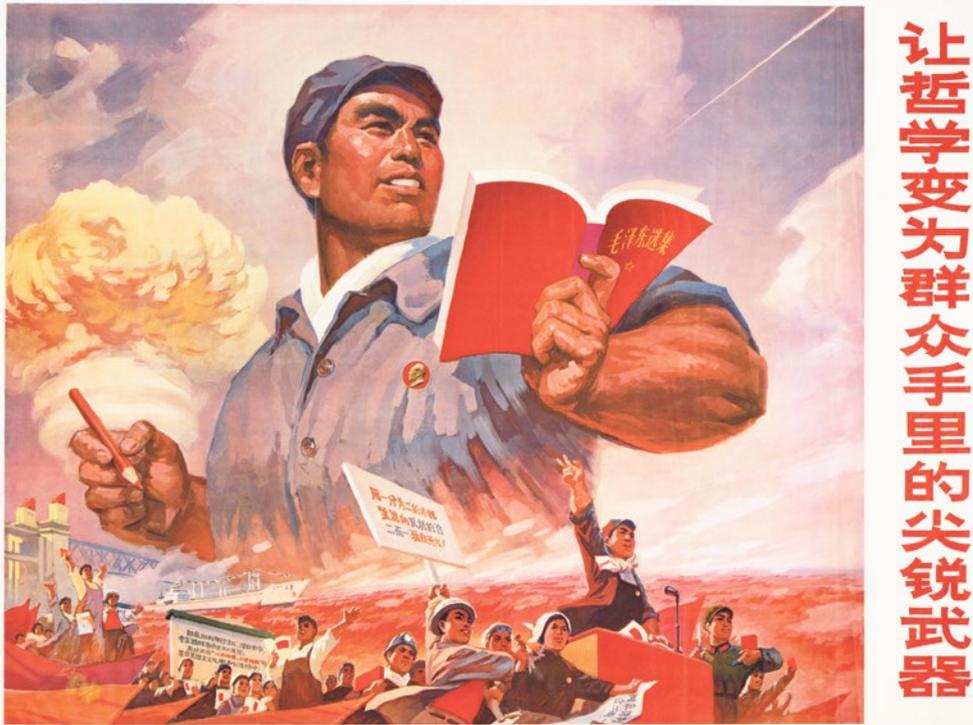
dass die Plakate die gewünschten Botschaften der KPCh transportierten, noch, dass sie erfolgreich waren und Haltungen oder gar Handlungen im Sinne des Regimes beeinflusst haben.

50 Jahre nach Beginn der Kulturrevolution ist es schwer vorstellbar, dass die Plakatpropaganda in China noch einmal eine Renaissance erfahren könnte. Mit mehr als 700 Millionen Internetnutzerinnen und -nutzern gehört China heute zu den am besten vernetzten Ländern. Die chinesische Gesellschaft und die chinesischen Medien sind

inzwischen extrem kommerzialisiert. Und auch wenn der derzeitige Staatschef Xi Jinping 2012 eine politische Kampagne rund um den „Chinesischen Traum“ in Gang gesetzt hat, in deren Zuge die Verwendung von Plakaten ein gewisses Comeback erlebt: Die Intensität ist nicht die gleiche.

Diese Chinesischer-Traum-Poster werden im Stadtbild leicht als Selbstverständlichkeit hingenommen, scheint man ihnen doch kaum entgegen zu können. Die entsprechenden Bilder verdecken buchstäblich die weniger erstrebenswerten Aspekte der Urbanisierung –

Mache Philosophie zu einer scharfen Waffe in der Hand der Massen
(Rang zhexue bian wei qunzhong shoulide jianrui wuqi), Februar 1971



Hier wird die Macht von Mao Zedongs Worten eindrucksvoll ins Bild gesetzt. Der Atompilz könnte zweierlei bedeuten: Erstens, Maos Gedanken sind wie eine Atombombe des Geistes; oder zweitens, Dank Maos geistiger Kraft ist China in der Lage, eine eigene Atombombe zu bauen. Es geht nicht nur um Zerstörung: Links im Hintergrund ist die berühmte Nanjing-Yangzi-Brücke zu sehen, die als eine der größten baulichen Errungenschaften der Kulturrevolution gepriesen wurde.

Quelle: International Institute of Social History, Amsterdam, * Ill 2 * BG E13/857 (Landsberger collection); Designer: Revolutionary Committee of Tianjin Industrial Exhibition Hall; Publisher: Tianjin renmin meishu chubanshe; 76,5 × 105,5 cm.

etwa, indem sie den Blick auf Baustellen oder heruntergekommene, von Wanderarbeitern genutzte oder für den Abriss vorgesehene Wohnsiedlungen versperren. Viele Stadtbewohnerinnen und -bewohner sind verärgert über das neue Propagandabombardement und bezeichnen die Plakatbilder schlicht als „Müll“. Die dafür verwendeten Gelder, so ihre Auffassung, könnten stattdessen besser genutzt werden, um der einfachen Bevölkerung zugutezukommen. Und je häufiger und ausgedehnter einem die Mahnrufe auf Plakaten begegneten, desto verlogener kämen sie daher.

Dies könnte schließlich der interessanteste und am wenigsten erwartete Effekt von über sechs Jahrzehnten Propaganda zu politischen, sozialen und normativen Angelegenheiten sein: dass die Menschen in China inzwischen in der Lage sind, ihre Haltungen und Gedanken dazu zu äußern, positiv wie negativ, und dass sie dafür – im Gegensatz zu früher – die Freiheit und passenden Worte haben.

Nele Noesselt

Spuren der Kulturrevolution im heutigen China

Jahrestage spielen in der politischen Historiografie – nicht nur jener der Volksrepublik (VR) China – eine zentrale Rolle, dienen sie

Nele Noesselt
Dr. phil. (Sinologie), Dr. phil.
(Politikwissenschaft); geb.
1982; Professorin für Politik
Chinas/Ostasiens an der
Universität Duisburg-Essen,
IN-EAST, Forsthausweg 2,
47057 Duisburg.
nele.noesselt@uni-due.de

doch der Rekapitulation der Vergangenheit im Sinne der Legitimierung der Gegenwart. Neben dem Tag der Staatsgründung der VR China (1. Oktober 1949) werden vor allem Ereignisse der Revolutionsgeschichte zum Anlass genom-

men, um der Rolle der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) bei der Befreiung des Landes von der Fremdbestimmung durch die „imperialistischen“ Kolonialmächte und bei der Abschaffung feudalistischer Strukturen zu gedenken. Dabei bindet die Parteigeschichte auch Ereignisse ein, die zeitlich vor der Gründung der KPCh (1921) wie auch vor der Ausrufung der VR China liegen – so die Xinhai-Revolution des Jahres 1911, die das Ende der dynastischen Ära einläutete, oder auch die sogenannte Vierte-Mai-Bewegung des Jahres 1919. Beide Ereignisse stehen für die Forderung nach einer Erneuerung der politischen Systemstrukturen, nach Modernisierung und Reform der Gesellschaftsordnung. Auch der (Widerstands-)Krieg Chinas gegen Japan (1937 bis 1945) wird im Zusammenhang mit ausgewählten Jahrestagen immer wieder thematisiert.

Während all jene Ereignisse, die in die Geschichte der Machteroberung durch die KPCh eingebunden werden, einer permanenten Nacherzählung und kontextabhängigen Umschreibung unterliegen, stehen andere historische Ereignisse, die in die Phase des Staatsaufbaus der VR China unter Mao Zedong ab 1949 fallen, nicht zur Diskussion. Für die maoistischen Massenkampagnen wie den „Großen Sprung nach vorn“ (1958 bis 1961) oder die Kulturrevolution (1966 bis 1976) finden sich nur

sehr sparsame offizielle Interpretationen, wie diese zu bewerten seien. Eine Aufarbeitung der Fehlentwicklungen ist nur bedingt erfolgt.

So wird Mao Zedong weiterhin als charismatischer Staatsgründer gefeiert – sein Mausoleum findet sich im Herzen des chinesischen Systems, direkt auf dem Platz des Himmlischen Friedens, dem Tian’anmen, in Beijing. Es steht in einer Sichtachse mit dem Monument für die Helden des chinesischen Volkes, das mit acht großformatigen Reliefs die chinesischen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts in Marmor und Granit gemeißelt abbildet,¹ und der Verbotenen Stadt. Über dem Tor des Himmlischen Friedens, dem Eingang zur Verbotenen Stadt, wo Mao 1949 die Volksrepublik proklamiert und verkündet hatte, dass das „chinesische Volk wieder aufgestanden“ sei, findet sich ein überlebensgroßes Mao-Portrait. Der Platz wird flankiert vom Chinesischen Nationalmuseum, in dem 2012 der Parteichef Xi Jinping eine Ausstellung zum „Wiederaufstieg“ besucht und in Variation der von Mao geprägten Formel des neuerlichen Aufstiegs den „Chinesischen Traum“ (*Zhongguo meng*) als neue Herrschaftsdevise ausgegeben hatte. Dem Museum gegenüber befindet sich die Große Halle des Volkes, in dem der Nationale Volkskongress tagt – umringt von Symbolen, die das maoistische Erbe in der Gegenwart des 21. Jahrhunderts bewahren. Weiterhin sind die Mao-Zedong-Ideen, mit denen die Um- und Weiterschreibung des Marxismus auf den chinesischen Kontext erfolgte, Kern des offiziellen ideologischen Kanons der KPCh.

Kulturrevolution unter kapitalistischen Vorzeichen?

2016 jährt sich der Beginn der Kulturrevolution zum 50. Mal. Bis heute hält die KPCh an der Deutung fest, dass die Verantwortung für die damalige politische Radikalisierung und die bürgerkriegsähnlichen Zustände allein der

¹ Dargestellt sind die Opiumkriege, der Taiping-Aufstand, die Xinhai-Revolution, die Vierte-Mai-Bewegung, die Demonstrationen des 30. Mai (1925) in Shanghai, der von den Kommunisten organisierte Nanchang-Aufstand (August 1927), der Widerstandskrieg gegen Japan sowie die Überquerung des Yangzi durch die Volksbefreiungsarmee im Chinesischen Bürgerkrieg (1949) – zusammengefasst also ein Rückblick auf Widerstandsbewegungen, an deren Ende die Errichtung der VR China unter der Herrschaft der KPCh steht.

sogenannten Viererbande um Maos Frau Jiang Qing zuzuschreiben seien. Weitere Entwicklungsschritte und das partielle Scheitern der Politik in der Mao-Ära werden zudem damit begründet, dass die VR China seinerzeit in einer „falschen“ Entwicklungsphase verortet worden sei. So betonen die verschiedenen post-maoistischen Politikergenerationen in ihren Erklärungen immer wieder, dass sich die VR China in der Frühphase des Sozialismus befinde und symbolische 100 Jahre noch in dieser verweilen werde. In dieser Phase sei die Koexistenz sozialistischer und kapitalistischer Wirtschaftsformen erlaubt, da als oberstes Ziel Modernisierung, Armutsbekämpfung und der Aufbau einer Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands (*xiaokang shehui*) festgeschrieben seien. Mit der Zauberformel der „zwei Hundert“ (*liang'ge yi bai nian*) hat der Staatschef Xi Jinping die Entwicklungs- und Modernisierungsutopien seiner Vorgänger aufgegriffen und mit einem neuen Zeitplan versehen: Bis 2021, dem 100-jährigen Jubiläum der KPCh, soll die VR China die Zielvorgaben einer „Gesellschaft des bescheidenen Wohlstands“ erreicht haben; bis 2049, wenn sich der Tag der Staatsgründung zum 100. Mal jährt, soll aus der Volksrepublik eine hochentwickelte Großmacht geworden sein.^f

Das, was der Große Sprung und die Kulturrevolution nicht zu leisten vermochten, scheint nun unter „kapitalistischer“ Flagge, verpackt als Modell des „Sozialismus mit chinesischen Charakteristika“, in greifbare Nähe gerückt zu sein: China ist zur weltweit zweitgrößten Volkswirtschaft nach den USA aufgestiegen; der chinesische Renminbi ist in den Währungskorb des Internationalen Währungsfonds aufgenommen worden; als globaler Investor und Financier sorgt „China“ weltweit für Schlagzeilen. Erneut ist das Land auf einem Modernisierungskurs, diesmal allerdings nicht basierend auf einem radikalen Ikonoklasmus, sondern unter Rückbesinnung auf eigene, „chinesische“ Werte. So werden seit einigen Jahren Forschungsprojekte gefördert, die unter Rückgriff auf die vormoderne chinesische Staatsphilosophie „alternative“ Governance-Konzeptionen erarbeiten sollen. Parallel zu der politischen Reaktivierung konfuzianischer Konzepte aber zeichnet sich unter Xi Jinping eine Wiederkehr maoistischer Formeln und Symbole ab – die bei

^f Für die englische Version vgl. Xi Jinping, *Achieving Rejuvenation is the Dream of the Chinese People*, in: ders., *The Governance of China*, Beijing 2014, S. 37ff.

nicht wenigen Beobachtern Erinnerungen an den Personenkult um Mao während der Phase der Kulturrevolution wachrufen.

Wiederaufleben der „Massenlinie“

Unter Xi Jinping erleben diverse Konzepte der maoistischen Gedankengebäude eine Renaissance.^f So hat Xi etwa die „Massenlinie“ reaktiviert und 2013 eine entsprechende Kampagne gestartet, die den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhalt und die Beziehungen zwischen Partei beziehungsweise Staat und chinesischer Gesellschaft konsolidieren soll. Das Konzept der Massenlinie sieht vor, dass Forderungen und Erwartungen der Gesellschaft vorausschauend von der Partei aufgegriffen und hieraus Theorien und politische Richtlinien abgeleitet werden, die wiederum in die „Massen“ zurückgespielt werden sollen. Während der Aspekt des „Hineintragens“ in die Gesellschaft auch das sowjetkommunistische Modell prägte, steht die Idee des Schöpfens und des Systematisierens der in der Bevölkerung vorhandenen Ideen und Standpunkte für eine Ausdifferenzierung unter Mao.^f

Die unter Xi Jinping im Juni 2013 zunächst auf den Zeitraum eines Jahres angelegte Kampagne hatte primär die Gleichschaltung der Führungskader und die Wiederherstellung der Parteidisziplin zum Inhalt. Bekämpft werden sollten die „vier Übel“ Formalismus, Bürokratismus, Hedonismus und Extravaganz.^f 2014 ging die Kampagne in die Verlängerung, sie zielte nun auf die untergeordneten Verwaltungsebenen, insbesondere auf die unterste, die „Graswurzel“-Ebene, ab.^f Drei Schritte waren hierbei vorgesehen: Zunächst sollten die

^f Die Ausführungen zur Reaktivierung und Neukonzeption politischer Ideen unter Xi stützen sich auf erste Zwischenergebnisse und Datenkompilationen des DFG-Projekts „Konzeptionen von politischer Herrschaft und Entwicklungswegen in den Studien chinesischer Politikwissenschaftler“.

^f Die Notwendigkeit einer ständigen und wechselseitigen Theorie-Praxis-Kopplung, durch die eine dogmatische Erstarrung des Systems vermieden werden soll, hatte Mao 1937 in seinem Traktat „Über die Praxis“ formuliert.

^f Vgl. Xinhua, *Xi Demands Implementation of „Mass Line“ Campaign*, 10. 12. 2013, <http://en.people.cn/90785/8479207.html> (4. 5. 2016).

^f Vgl. Xinhua, *CPC Rolls Out „Mass Line“ Rules*, 23. 1. 2014, <http://english.cntv.cn/20140123/105451.shtml> (4. 5. 2016).

Kader neu geschult werden und sich aktiv mit den in der Gesellschaft vorhandenen Positionen und Meinungen auseinandersetzen; der zweite Schritt sah Maßnahmen der Kritik und Selbstkritik vor; abschließend sollten neue Richtlinien beziehungsweise *policies* erarbeitet und ihre Umsetzung vorbereitet werden. Während die maoistische Masselinie in Verbindung mit der Kulturrevolution eine revolutionäre personelle Neubesetzung des bürokratischen Apparats ermöglichte, der im rechtsfreien Raum stattfand, ist Xis Masselinie an das „Konzept des rechts-gestützten Regierens“ gekoppelt, wird formal also als Durchsetzung von Verhaltenskodizes gemäß den Vorgaben der Verfassung formuliert.

Neben der Masselinienkampagne und der Korrektur des Arbeitsstils der Partei stieß Xi zudem eine Kampagne gegen „westliche“ Werte an, die auch vor der Beschneidung der akademischen Freiheiten der Universitäten keinen Halt machte. Ein parteiinternes Papier hatte dafür „sieben Übel“ identifiziert, die als systemgefährdend eingestuft wurden: westlich-konstitutionelle Demokratie, universelle Werte, Zivilgesellschaft (als Opposition zum Staatsapparat), Neoliberalismus (als Gegenmodell zum staats-gesteuerten chinesischen Kapitalismus), Medien (und Meinungsfreiheit), „historischer Nihilismus“ sowie Kritik an der Politik von Reform und Öffnung und dem chinesischen Modell des Sozialismus.

Die letzten beiden Punkte treffen dabei die ideologische Schlagader des chinesischen Systems. Denn Historiografie ist ein Politikum: Die Geschichtsinterpretation dient der Rechtfertigung und Fortschreibung des Herrschaftsanspruchs der jeweiligen Führungsgruppe. Die unter der derzeitigen (fünften) Führungsgeneration der VR China an die Oberfläche gelangenden, zuvor nicht offen ausgetragenen Kontroversen innerhalb der politischen und intellektuellen Eliten manifestieren sich als Wettstreit der „Ideologien“, als Konkurrenz zwischen einem liberalen (westlich inspirierten) und einem chinesisch-sozialistischen Entwicklungsweg. Die Generallinie der Partei ist dabei – auch unter Xi – mit einem entschiedenen Festhalten an Chinas Sonderform des Sozialismus gesetzt.

Der Rückgriff auf maoistische Slogans und die verklärende, zum Teil sogar vergötternde Erinnerung an Mao bleiben heikle, politisch hochgradig explosive Unterfangen. Für die Gewaltexzesse und die Verwüstungen der Kultur-

revolution wurde allein die „Viererbande“ verurteilt, der Mythos Mao aber blieb weitgehend unangetastet. Offiziell gilt Mao zwar als „zu 70 Prozent gut, zu 30 Prozent schlecht“, aber das Fehlen einer aufrichtigen Aufarbeitung der maoistischen Massenkampagnen hat dazu geführt, dass zahlreiche innergesellschaftliche Wunden noch längst nicht verheilt sind.

So zog im Januar 2016 eine überlebensgroße, goldfarbene Mao-Statue in der Provinz Henan die Aufmerksamkeit der internationalen Presse auf sich: Direkt nach ihrer Errichtung war auf chinesischen Mikroblogs eine emotionale Kontroverse über die Perfidität dieser neuen Heldenverehrung entbrannt – schließlich hatte die Provinz Henan seinerzeit besonders heftig unter den Folgen der gescheiterten maoistischen Modernisierungskampagnen gelitten. Die Kritik führte schließlich dazu, dass die Statue, die angeblich von einem lokalen Unternehmer beauftragt worden war, schon kurze Zeit später und ohne weitere Erklärungen wieder demontiert wurde. Der Vorgang erinnert an das Gastspiel einer Konfuzius-Statue auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Beijing im Januar 2011, die ebenfalls sehr rasch nach ihrer Aufstellung in einer Nacht- und Nebelaktion wieder entfernt wurde.⁷ In beiden Fällen ist davon auszugehen, dass es zwar zunächst ein informelles Placet für die Errichtung der Statuen gegeben haben dürfte, dass dieses aber im Zuge innerparteilicher Auseinandersetzungen wieder kassiert wurde.

Die KPCh schreckt vor einem Austausch ihrer offiziellen Leitideen und philosophischen Referenzsysteme zurück – ebenso wie vor einer Wiederbeschwörung der Geister der maoistischen Vergangenheit. Letzteres zeigte sich 2012/2013 exemplarisch mit der klaren Absage der KPCh-Führung an das in der Stadt Chongqing unter dem dortigen Parteichef Bo Xilai etablierte neomaoistische Modell. Bo, der nicht nur in Politik und Ökonomie, sondern auch kulturell eine Rückbesinnung auf Mao anstrebte, wurde abgesetzt und unter anderem wegen Amtsmissbrauchs verurteilt. Auch die Onlineforen der „Neuen Linken“, die Bo unterstützt hatten, wurden daraufhin geschlossen.⁸

⁷ Vgl. Ralph Weber, Politik, Konfuzianismus und konfuzianische politische Philosophie in der VR China heute, in: *Widerspruch*, (2013) 56, S. 61–72.

⁸ Vgl. Charles W. Freeman/Wen Jing Yuan, *China's New Leftist and the China Model Debate After the Financial Crisis*, Washington D.C. 2011.

Umgang mit der Vergangenheit

Die Kulturrevolution steht für die „zehn dunklen Jahre“ in der politischen Geschichte der VR China, die tiefe Narben und Eindrücke in der kollektiven Erinnerung der chinesischen Bevölkerung hinterlassen haben. Eine Besonderheit ist allerdings, dass diese Phase der chinesischen Geschichte nicht offen debattiert wird, sondern mit einer offiziellen Interpretation versehen wurde.⁹

Die gesellschaftlichen Folgen der Kulturrevolution wurden zunächst in der Literatur der späten 1970er Jahre aufgegriffen. Namensgebend für diese Literaturgattung, die „Narbenliteratur“, war die Erzählung „Narben“ (1978) von Lu Xinhua, in der die politische Diffamierung und die Auslieferung engster Familienangehöriger durch die Generation der Rotgardisten thematisiert werden. Zu einem weiteren Hauptwerk dieser Strömung zählt Liu Xinwu Erzählung „Der Klassenlehrer“ (1977), in dem die Verführung der chinesischen Jugendlichen durch die „Viererbände“ und der Sog der an Fahrt gewinnenden Kulturrevolution dargelegt werden. Verschiedentlich ist die Kulturrevolution auch von chinesischen Filmemachern abgehandelt worden – viele dieser Filme sind allerdings nie in China gezeigt worden. Vielfach geht es in Literatur und Kunst um Schuld und (nicht abzuleistende) Sühne, um den Versuch, in die Normalität zurückzufinden. Die „neue“ Normalität der postmaoistischen Ära ist zum Teil noch immer durch eine Sprachlosigkeit, durch die Unfähigkeit der Vergangenheitsverarbeitung geprägt.

Einzelne ehemalige Rotgardisten haben das Schweigen zwar mit der Veröffentlichung ihrer Memoiren durchbrochen,¹⁰ der chinesische Partei-Staat schreckt aber weiterhin davor zurück, die Schatten der Vergangenheit

aktiv aufzugreifen. Zum traditionellen chinesischen Totenfest fanden sich auch 2016 keine offiziellen Stellungnahmen in der Staatspresse. Die Gedenkzeremonien auf den wenigen noch bestehenden Friedhöfen, auf denen Opfer der Kulturrevolution begraben liegen, fanden abgeschottet statt; Filmaufnahmen waren nicht gestattet. Das Gedenken und die Trauer erfolgen im Verborgenen und sind doch zugleich in der kollektiven Erinnerung omnipräsent – hat diese Massenkampagne doch zwischen 750 000 und 1,5 Millionen Leben gekostet und die Überlebenden traumatisiert zurückgelassen.¹¹ Zwar hat selbst der damalige Ministerpräsident Wen Jiabao 2011 bei einem Besuch an der Nankai-Universität in Tianjin das Schicksal seiner Familie während der Kulturrevolution dargelegt und ein Jahr darauf vor einer Neuauflage der Kulturrevolution gewarnt.¹² Aber eine differenzierte Aufarbeitung blieb bislang aus. Während der Kulturrevolution verfolgte Kader sind rehabilitiert worden, eine umfassende Entschädigung der zivilen Opfer ist jedoch nicht erfolgt. Dies belastet die chinesische Gesellschaft bis heute.

Renaissance des Personenkults

Mit der Abschaffung des Amtes des Parteivorsitzenden sollte in der 1978 eingeleiteten Reform-Ära das Prinzip der kollektiven Führung als ehernes Grundaxiom verankert und eine erneute Massenmobilisierung durch einen übermächtigen charismatischen Führer unterbunden werden. Die Parteiführung wurde an den Generalsekretär übergeben, der als *primus inter pares* agieren sollte. Seit der Übertragung der Staats- und Parteigeschäfte an die fünfte Führungsgeneration zeichnet sich nun aber eine neuerliche Machtkonzentration in den Händen des Generalsekretärs Xi Jinping ab. Xis Kampagnen greifen dabei bereits seit Langem debattierte Fehlentwick-

⁹ Durch das 6. Plenum des 11. Zentralkomitees, das 1981 die „Resolution zu einigen Fragen in der Geschichte (der Partei) seit der Gründung der VR China“ (Guanyu jian guo yi lai dang de ruogan lishi wenti de jueyi) verabschiedete. Der chinesische Text der Resolution findet sich online unter: <http://cpc.people.com.cn/GB/64162/71380/71387/71588/4854598.html> (4. 5. 2016).

¹⁰ Zur Parteihistoriografie und der (fehlenden) Aufarbeitung der Kulturrevolution vgl. Susanne Weigelin-Schwiedrzik, In Search of a Master Narrative for 20th-Century Chinese History, in: The China Quarterly, (2006) 188, S. 1070–1091.

¹¹ Vgl. Andrew G. Walder/Yang Su, The Cultural Revolution in the Countryside: Scope, Timing and Human Impact, in: The China Quarterly, (2003) 173, S. 74–99.

¹² Vgl. Renminwang, Wen Jiabao: Meiyou zhengzhi tizhi gaige de chengong wenge keneng chongxin fasheng (Wen Jiabao: Wenn es keine erfolgreiche Reform der politisch-administrativen Systemstrukturen gibt, könnte sich die Kulturrevolution wiederholen), 14. 3. 2012, http://news.ifeng.com/mainland/special/2012lianghui/detail_2012_03/14/13189068_0.shtml (4. 5. 2016).

lungen auf: Korruption und Machtwillkür lokaler Kader werden als akute Gefahr für die Effizienz des Systems eingestuft. Um das verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung wiederherzustellen, hat Xi eine Stärkung des Rechtssystems sowie eine Sanktionierung korrupter Kader ausgerufen und parallel hierzu eine generelle Korrektur des Arbeitsstils der Parteikader angestoßen.

Neben der Massenlinien-Kampagne sind es vor allem Elemente eines neuen Personenkultes um Xi, die an die Vergötterung Maos im Zuge der Kulturrevolution erinnern. So liegt eine Auswahl der wichtigsten Reden Xis vor, die in zahlreiche Sprachen übersetzt wurde.¹³ Auf der Titelseite prangt – ähnlich wie auf der „Mao-Bibel“ – ein ovales Portrait des Autors. Auch zu den von Xi geprägten Slogans wie dem vom „Chinesischen Traum“ oder vom „rechtsgestützten Regieren“ finden sich umfassende Kompilationen und Studienmaterialien für Parteikader. Hinzu kommt eine neue politische Ikonografie, bei der der Staatschef als charismatischer Führungspolitiker in Szene gesetzt wird.

So wird er zum Beispiel in einem Musikvideo unter dem Titel „Wenn du jemanden heiraten willst, dann heirate jemanden wie Xi“, als heroischer Parteiführer besungen, der im Kampf gegen „Tiger und Fliegen“ der Korruption ein Ende bereitet. Unterlegt ist das Ganze mit Bildern, die Xi bei der Abnahme einer Militärparade in Beijing zeigen. Die Einbettung in einen militärischen Kontext und die Betonung der Integrität und moralischen Vorbildfunktion erinnert dabei an ein Schlüssel-narrativ der chinesischen Parteigeschichte: die Stilisierung des Soldaten Lei Feng zum loyalen Mustersoldaten der Volksbefreiungsarmee ab 1963. Auch zu den von Xi konzipierten „Vier Umfassenden“ (*si ge quanmian*) – gemeint sind Leiformeln, mit denen alte Ideologeme und aktuelle Entwicklungsstrategien zusammengeführt werden – kursieren ähnlich verherrlichende Videos. Zudem findet sich eine Neuauflage von Ansteckbuttons, auf denen Xi im Kreise seiner vier Vorgänger zu sehen ist – eine Ikonografie, die starke Anklänge an kulturrevolutionäre Plakate aufweist, auf denen Mao mit den Theoretikern des Marxismus-Leninismus in eine Reihe gestellt wurde.

¹³ Vgl. Xi Jinping, *Tan zhi guo lizheng* (China regieren), Beijing 2014.

Rückbesinnung auf „chinesische“ Werte

Wenngleich der Personenkult und die Neuaufgabe der Massenlinie terminologisch wie auch konzeptionell Erinnerungen an die Mao-Ära wecken, sollte doch nicht übersehen werden, dass ein grundlegender Unterschied zwischen den gegenwärtigen Kampagnen und der Phase der Kulturrevolution vorliegt: Diese hatte sich gegen bourgeoise, reaktionäre Kräfte in der Partei und traditionelle (bourgeois-feudalistische) Werte in der Gesellschaft gerichtet. Sie knüpfte damit an den Ikonoklasmus früherer Modernisierungswellen wie die Vierte-Mai-Bewegung an. Xi Jinping hat jedoch wiederholt betont, dass sich die KPCh als Bewahrerin der chinesischen Kultur und Tradition verstehe und diese „chinesischen“ Werte die DNA des Systems darstellten. Mehrfach hat Xi den Geburtsort des Konfuzius in Qufu aufgesucht; auch die Konfuzius-Tempel und -Gedenkstätten sind restauriert worden. Insgesamt zeichnet sich somit eine Rückbesinnung auf die philosophischen Grundlagen Chinas ab, zu denen neben dem Konfuzianismus auch der Daoismus und der Buddhismus zählen.

Eine Gleichsetzung der politischen Kampagnen unter Xi Jinping mit jenen der Mao-Ära wäre somit irreführend. Was sich allerdings abzeichnet, ist eine aktive Rezentralisierung und Bündelung politischer Macht in den Händen der obersten Parteiführung. *Dingceng sheji*, „top-level design“, lautet das Schlagwort, mit dem Xi den Anspruch unterstreicht, umfassende Reformen einzuleiten und diese zentral zu koordinieren. Erschwert wird die Umsetzung dieser Reformen allerdings durch unter der Oberfläche ablaufende Linienkämpfe zwischen den konkurrierenden Flügeln innerhalb der KPCh, die teils neomaoistischen, teils neoliberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwürfen anhängen.

Am 17. Mai 2016 veröffentlichte die „Volkszeitung“, die als Sprachrohr der Partei dient, unerwartet einen Kommentar, der vor einem Rückfall in die Kulturrevolution warnt. Die Partei ringt angesichts sich zuspitzender Faktionskämpfe um Geschlossenheit und die Wahrung der historiografischen Deutungshoheit – und reagiert damit präemptiv auf die Debatten über 50 Jahre Kulturrevolution, die außerhalb der VR China geführt werden.

Xuewu Gu

Die Kulturrevolution und die weltpolitische Dreiecksbeziehung Beijing, Moskau, Washington

Die Kulturrevolution war innenpolitisch wie außenpolitisch ein Selbstmord für China. Schon Ende der 1960er Jahre, als der Höhepunkt der Kam-

Xuewu Gu
Dr. phil., geb. 1957; Professor für politische Wissenschaft mit dem Schwerpunkt internationale Beziehungen und Direktor des Center for Global Studies (CGS) der Universität Bonn, Walter-Flex-Straße 3, 53113 Bonn.
xuewu.gu@uni-bonn.de

pagne erreicht war, zeichnete sich eine dramatische Doppelkrise im „Reich der Mitte“ ab: ein innenpolitischer Kollaps und die außenpolitische Isolierung. Während die innenpolitische Krise erst durch den Tod des langjährigen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) Mao Zedong am 9. September 1976 und vor allem durch die Entmachtung der „Vierbande“¹ am 6. Oktober im gleichen Jahr entschärft werden konnte, wurde ein außen- und sicherheitspolitisches Desaster noch durch Mao selbst abgewendet. Die Hinwendung zu den USA, die von dem Vorsitzenden angeordnet und von seinem Premierminister Zhou Enlai ausgeführt wurde, befreite die Volksrepublik China aus der gefährlichen Doppelkonfrontation mit den beiden Supermächten USA und UdSSR.

Die unmittelbare Konsequenz dieser außenpolitischen Positionierung war eine tektonische Verschiebung des weltpolitischen Gleichgewichts, das seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs durch die Konfrontation zwischen dem westlichen Lager unter Führung der USA und dem kommunistischen Lager unter Führung der UdSSR geprägt war. Chinas Ausscheren aus dem „sowjetisch-kommunistischen“ Lager und seine Versöhnung mit den USA führten zu einer neuen weltpolitischen Konstellation: Die strategi-

schen Dreiecksbeziehungen zwischen Beijing, Moskau und Washington ermöglichten nicht nur Chinas Rückkehr auf die weltpolitische Bühne, sondern brachten auch neue Dynamik in die US-amerikanisch-russischen Beziehungen.

Geburt einer neuen Strategie

Nach außen trug die Kulturrevolution einen stark antisowjetischen Charakter. Für Mao und seine Anhänger stand die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU) für eine revisionistische Haltung, die Marx und Lenin verrate und den Weltkommunismus letztlich untergrabe. So bediente sich die chinesische Parteiführung auch zahlreicher antisowjetischer Parolen, um die Massen für die Beteiligung an der Kulturrevolution zu mobilisieren. Dieser Kurs führte zu einer dramatischen Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die 1969 ihren Höhepunkt in einem bewaffneten Grenzkonflikt am Ussuri erreichte. Durch dieses „Schisma des Weltkommunismus“ sah Beijing seine kommunistischen „Genossen“ schließlich als noch gefährlicher an als die „US-Imperialisten“. Insbesondere der sowjetische Versuch im Sommer 1969, die Unterstützung der USA für einen Präventivschlag gegen die chinesischen Atomanlagen zu gewinnen, alarmierte die chinesische Staatsführung. Um sich der heraufziehenden Gefahr zu entziehen und Moskaus Versuchen, China international zu isolieren, entgegenzuwirken, beschloss Mao zu handeln.

Schon länger gab es in Beijing Gedanken-spiele, die Interessengegensätze zwischen Washington und Moskau auszunutzen, um sich selbst aus der Doppelkonfrontation und Isolation herauszuführen. Offenbar spürte die Staatsführung bereits 1968 subtile Änderungen in der amerikanischen Haltung gegenüber China. Zhou Enlai war fest davon überzeugt, dass sich die USA unter Präsident Richard Nixon – nicht zuletzt angesichts der Schwierigkeiten in Vietnam – gegenüber China öffnen würden. „Wir haben“, so Zhou, „Nixon vor und nach seiner Machtergrei-

¹ Die „Vierbande“ um Jiang Qing (Maos Frau), Zhang Chunqiao, Yao Wenyuan und Wang Hongwen war eine radikale Gruppe innerhalb der KPCh, die als eine Speerspitze der Kulturrevolution gilt.

fung drei Jahre beobachtet. Wir haben genau erkannt, dass Nixon nichts anderes übrig bleibt, als mit China in Kontakt zu kommen, wenn er sein Asienproblem lösen möchte.“¹²

Auf Zhou's Vorschlag hin befahl Mao im März 1969 den Marschällen Chen Yi, Ye Jianying, Xu Xiangqian und Nie Rongzhen, sich wöchentlich zum Gedankenaustausch über internationale Fragen zu treffen und die Parteiführung bei außenpolitischen Entscheidungen zu beraten. Zhou beauftragte Marschall Chen Yi, diesen „Workshop“ zu leiten. Chen Yi, der schon beim Bruch der chinesisch-sowjetischen Allianz die Notwendigkeit der Verständigung mit dem Westen erkannt hatte, schlug der Parteiführung wenige Tage nach Aufnahme der Arbeit vor, sich gegenüber den USA zu öffnen. Der Marschall begründete seinen Vorschlag damit, dass es überwiegend von der amerikanischen Haltung abhänge, ob Moskau einen Angriff auf China wage: Ohne das Einverständnis der USA würde die Sowjetunion keinen Angriff auf China riskieren. China solle die sowjetische Angst vor einer Verständigung mit den USA ausnutzen und einen Versöhnungsprozess mit Washington einleiten. Hierzu schlug er einen Dialog auf Ministerebene vor – nur so könne sich die strategische Wirkung entfalten, die China benötige, um die Sowjetunion im Zaum zu halten.¹³

Chen Yis strategische Vorstellung zur Annäherung an die USA fand bei Zhou Enlai volle Unterstützung. Der Premierminister glaubte, dass ein von der Sowjetunion gezähmtes China nicht im US-Interesse liegen könne, weil dies die globale Machtbalance zugunsten der UdSSR verändern würde. „China“, so Zhou Enlai metaphorisch, „ist ein ebenso großes wie fettes Stück Fleisch, um das sie (die Supermächte) miteinander

kämpfen. Aber dieses Stück ist zu groß, so dass sie es nicht schlucken können.“¹⁴ Die Konkurrenz der Supermächte um Interessensphären und Einflussgebiete sei so stark, dass es möglich sei, das weniger aggressive Washington durch strategische Kooperation als Partner zu gewinnen und die Kraft der USA in ein Gegengewicht zum Hauptfeind – die Sowjetunion – umzuwandeln.

Zu den Gegnern der chinesisch-amerikanischen Annäherung gehörte Verteidigungsminister Lin Biao, der zweite Mann in der Parteihierarchie. Vorwürfe, dass durch die Öffnung zu Washington Prinzipien, Revolution und Vietnam verraten würden, wies Zhou Enlai jedoch entschieden als „Verleumdungen gegen die Partei“ zurück: „Die Hauptaufgabe bei der Konfrontation gegen die zwei Hegemone liegt gegenwärtig darin, den direktesten, gefährlichsten und realsten Feind – den sowjetischen sozialistischen Imperialismus – zu bekämpfen. Das ist eine vom Vorsitzenden bestimmte Richtlinie. Der Vorsitzende sagte: ‚Wir dürfen keinen Zweifrontenkrieg führen. Es ist besser, an einer Front zu kämpfen.‘“¹⁵ Bei der Bekämpfung seiner innerparteilichen Feinde berief sich Zhou sogar auf Lenin: „Lenin lehrte uns, (wir) müssen sorgfältig und vorsichtig alle Widersprüche und Schwächen im feindlichen Lager ausnutzen. Das ist sowohl eine Strategie als auch eine Frage der revolutionären Prinzipien.“ Mit der Lehre des unumstrittenen Führers des Weltkommunismus im Rücken bekräftigte er: „Wir müssen die Widersprüche zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten in vollem Maße ausnutzen und erweitern.“¹⁶ Auch Mao, selbst ein Meister im Ausspielen politischer Gegner, begrüßte die Empfehlungen Zhou Enlais. Als der US-Botschafter in Polen, Walter Stoessel, im Dezember 1969 der chinesischen Botschaft in Warschau vorschlug, die bilateralen Gespräche auf Bot-

¹² Zit. nach: Wang Li/Qiu Shengyun, Lishi de Gongxun. Zhou Enlai yu Dakai Zhongmei Guanxi Damen de Jincheng (Die historischen Leistungen. Zhou Enlai und der Öffnungsprozess der sino-amerikanischen Beziehungen), in: Lu Xingdou (Hrsg.), Zhou Enlai he tade Shiye (Zhou Enlai und sein Werk), Beijing 1990, S. 265–278, hier: 268 ff.

¹³ Vgl. Wang Jingke, Chen Yi de Waijiao Yishu (Die Diplomatiekunst von Chen Yi), Jinan 1994, S. 56 ff.; Chen Yi Zhuan (Biografie von Chen Yi), Beijing 1991, S. 614 f.; Robert S. Ross, Negotiating Cooperation. The United States and China 1969–1989, Stanford 1995, S. 30 ff.

¹⁴ Zhou Enlai, Interne Rede, März 1973, in: Guoli Zhengzhi Daxue Guoji Guanxi Yanjiusuo (Forschungsinstitut für Internationale Beziehungen der Zhengzhi Universität), Zhonggong Mimi Wenjian Huibian (Sammlung der Geheimdokumente der KPCh), Taibei 1978, S. 354–360, hier: S. 354.

¹⁵ Ders., Interne Reden, Dezember 1971 und März 1973, in: ebd.

¹⁶ Ebd.; vgl. auch John W. Garver, Foreign Relations of the People's Republic of China, Englewood 1993, S. 76 f.

schafterebene wieder aufzunehmen, genehmigte Mao den entsprechenden Antrag von Zhou Enlai sofort und ohne Vorbedingungen.¹⁷ Damit leitete Mao den ersten Schritt ein, der China aus dem Zweifrontenkampf gegen die Supermächte befreien sollte.

Die strategischen Vorstellungen von Mao und Zhou, durch Annäherung an die USA sowohl ein Gegengewicht zur Sowjetunion zu gewinnen als auch eine absolute Übermacht der Supermächte zu verhindern, wurden später besonders deutlich von General Geng Biao, seinerzeit Chef der Abteilung für internationale Beziehungen des Zentralkomitees der KPCh, zum Ausdruck gebracht. Im August 1976 erklärte er in einer internen Rede vor Parteikadern den Zusammenhang zwischen der Annäherung an Washington und dem Gewinn von außenpolitischem Spielraum: „Die Vereinigten Staaten und die UdSSR ringen bei manchen Angelegenheiten miteinander um Vorherrschaft und machen gegenseitig keine Zugeständnisse; sie arbeiten sich aber bei manchen Angelegenheiten auch in die Hände, machen Geschäfte hinter den Kulissen und teilen Profite unter sich auf. Wenn wir diese zwei Hegemone (durch Doppelkonfrontation) zum Zusammenschließen zwingen würden, müssten wir allein mit diesen beiden fertig werden; und die Konsequenzen daraus wären verhängnisvoll. Daher müssen wir – um zu überleben – einen (Feind) loslassen und den anderen fest greifen. Unter dem strategischen Aspekt kann das Beiseitelegen des sino-amerikanischen Konfliktes uns ermöglichen, die andere Seite (die Sowjetunion) mit voller Kraft zu bekämpfen.“¹⁸

Vorsichtige Annäherung

So wünschenswert Mao und Zhou eine Partnerschaft mit den USA auch erscheinen mochte, so wollten sie das Tor der Versöhnung mit dem Erzfeind doch nicht als erste öffnen. Verschiedene Überlegungen hatten die politi-

¹⁷ Vgl. Chen Yi Zhuan (Anm. 3), S. 614. Zur geheimen Kontaktaufnahme zwischen Stoessel und Lei Yang, dem Gesprächspartner in der chinesischen Botschaft in Warschau, vgl. Henry Kissinger, *Memoiren der Jahre 1968–1973*, München 1979, S. 204f.

¹⁸ Geng Biao, Rede über die Beziehungen zu den USA, 24.8.1976, in: *Sammlung Geheimdokumente* (Anm. 4), S. 412ff.

sche Führung Chinas dazu gebracht, äußerst zurückhaltend auf Washingtons Avancen zu reagieren. Vor allem das innen- und außenpolitische Risiko, das mit einer Bittstellerhaltung verbunden war, schreckte die ansonsten sehr mutige chinesische Führung davon ab, die Initiative zu ergreifen. Eine mögliche Zurückweisung einseitiger Versöhnungsversuche durch die „amerikanischen Imperialisten“ würde nicht nur die Nation demütigen, sondern sie konnte auch das politische Leben im innerparteilichen Machtkampf kosten. Ebenso wie Nixon und der US-Sicherheitsberater und spätere Außenminister Henry Kissinger, die offenbar mit ähnlichen Problemen konfrontiert waren, bevorzugten Mao und Zhou die Geheimdiplomatie, die im Falle eines Scheiterns der Annäherungspolitik den politischen Schaden auf ein Minimum begrenzen würde.

Auch die Furcht vor einer erneuten politischen Abhängigkeit von einer Supermacht veranlasste die chinesische Führung zur Vorsicht. Zwar erkannte Beijing – unter anderem durch das prochinesische Verhalten der USA im Ussuri-Konflikt und die amerikanische Ablehnung einer gemeinsamen Operation mit der Sowjetunion gegen Chinas Nuklearanlagen – die Bereitschaft der USA, China nicht mehr als Feind zu betrachten. Aber die Idee, sich unter den nuklearen Schutzschirm der USA zu begeben, lehnte die chinesische Führung kategorisch ab. Nicht nur das Gefühl eines Gesichtsverlusts, sondern auch die Sorge um die sicherheits- und außenpolitische Unabhängigkeit ließ Mao und Zhou diese Vorstellung als absurd erscheinen. Als der stellvertretende Sicherheitsberater des US-Präsidenten, General Alexander Haig, der chinesischen Führung im Oktober 1971 eine solche Perspektive andeutete, bezeichnete Mao das amerikanische Angebot als „Katzengeheul um die Maus“.¹⁹ „Um Gottes willen,“ so Mao ironisch zu Zhou Enlai, „müssen wir von ihnen (den USA) gerettet werden?!“ Aus Maos Sicht war es zu gefährlich für China,

¹⁹ Vgl. Wei Shiyuan, Heige Xianqian zu wei Nikesong Fanghua Anpai de Jingguo (Haigs Vorauskommando und seine Vorbereitungsarbeiten für den Besuch von Nixon), *Waijiaobu Waijiaoshi Bianjishi* (Redaktionsbüro der Diplomatiegeschichte des Außenministeriums) (Hrsg.), *Xinzhongguo Waijiao Fengyun* (Winde und Wolken der Diplomatie des Neuen China), Bd. 3, Beijing 1990, S. 71–82, hier: S. 78.

wenn die „Überlebensfähigkeit“ und „Unabhängigkeit“ des Landes von den USA „geschützt“ werden sollten.¹⁰

Allerdings waren weder die innenpolitischen Bedenken noch die Sorge um eine neue Abhängigkeit für die anfängliche Zurückhaltung der chinesischen Führung entscheidend. Vielmehr spielten „strategemische“ (listige) Überlegungen eine ausschlaggebende Rolle, was im Wesentlichen mit der Logik der Dreiecksdiplomatie zu tun hatte. So war die chinesische Führung zwar innerlich entschlossen, sich den USA anzunähern, nach außen aber wahrte sie den Anschein der Kooperation mit der UdSSR – von Gipfeltreffen über die Abhaltung von Grenzverhandlungen und die Entsendung eines neuen Botschafters nach Moskau bis hin zum Abschluss eines neuen Handelsabkommens. Ähnlich wie Washington aus dem chinesisch-sowjetischen Streit und Moskau aus dem chinesisch-amerikanischen Interessengegensatz Profit zu ziehen versuchten, wollte auch Beijing als lachender Dritter dastehen. In der Parallelität der amerikanischen und der sowjetischen Interessenlage, den Gegenspieler an einer strategischen Partnerschaft mit China zu hindern, entdeckten Mao und Zhou das Potenzial, die amerikanischen und sowjetischen „Barbaren“ gegenseitig auszuspielen. Das Kalkül von Mao und Zhou lag offenbar darin, dass jedes Anzeichen einer chinesischen Kooperation mit der Sowjetunion die Nixon-Administration dazu ermuntern könnte, die Öffnung gegenüber China zu beschleunigen – zumindest, wenn sie eine Wiederannäherung zwischen den beiden kommunistischen Großmächten vermeiden wollte.

In der amerikanischen Sorge über eine chinesisch-sowjetische Verständigung wurde also eine Hebelkraft entdeckt, durch die Washington in die gewünschte Richtung bewegt werden sollte. Im strategischen Denken von Mao und Zhou war somit jede diplomatische Note in Richtung Sowjetunion auch auf die USA gerichtet; von jeder Maßnahme gegenüber Moskau erwartete die chinesische Führung von Washington eine Reaktion, die der gegenseitigen Annäherung dienlich sein würde. Zhou war fest davon überzeugt, dass eine subtil konzipierte Politik gegenüber der

¹⁰ Ebd.

Sowjetunion nicht nur den Druck der chinesisch-sowjetischen Spannungen reduzieren, sondern auch die chinesisch-amerikanischen Beziehungen aus der Sackgasse herausführen könnte.¹¹

Tatsächlich schien dieses Kalkül aufzugehen: Kurz nachdem sich Zhou Enlai und der sowjetische Ministerpräsident Alexej Kossygin im September 1969 zu Gesprächen getroffen hatten und die chinesische Führung der Aufnahme von Grenzverhandlungen mit der UdSSR zugestimmt hatte, zogen die USA ihre in der Taiwanstraße patrouillierenden Zerstörer ab. Die trilaterale Bedeutung der chinesischen Diplomatie trat hier deutlich zutage, zumal Beijing unter bilateralen Aspekten keinen Grund hatte, sowjetischen Wünschen entgegenzukommen. Der Eindruck eines nachgebenden Chinas sollte Washington veranlassen, seine eigene Chinainitiative zu intensivieren und den Druck auf die Sowjetunion zu erhöhen. Dies wiederum sollte Moskau unter Druck setzen und den Kreml dazu bewegen, ebenfalls eine sanftere Politik gegenüber China zu betreiben. Obwohl Kissinger die Oberflächlichkeit dieses Kalküls erkannt hatte, führte der Anschein der chinesisch-sowjetischen Entspannung im Herbst 1969 nicht nur zur Aufhebung der US-Patrouillen in der Taiwanstraße, sondern beschleunigte insgesamt die amerikanischen Schritte zur Öffnung gegenüber China: Im Dezember 1969 entschied die Nixon-Administration, die Reise- und Handelsbeschränkungen für China weiter zu lockern, zudem nahmen beide Länder am 20. Januar 1970 in Warschau ihre Verhandlungen auf Botschafterebene wieder auf.

Anbruch einer neuen Ära

Noch ermutigender für die Chinesen war aber die Entscheidung der Nixon-Administration, Beijing unmittelbar über die Ergebnisse der SALT-Verhandlungen (Strategic Arms Limitation Talks) zu informieren, nachdem diese im Mai 1971 zu einem Durchbruch in Verfahrensfragen geführt hatten. Kissinger schickte eine Vorkopie der amerikanischen Erklärung zur ausgehandelten Vereinbarung über den

¹¹ Vgl. Gong Huiping, Zhou Enlai he Ke Xijin (Zhou Enlai und Kossygin), in: Xiao Yu (Hrsg.), Zhou Enlai, Chengdu 1992, S. 534–546, hier: S. 542.

„pakistanischen Kanal“¹² nach Beijing und versicherte der chinesischen Regierung in seinem Begleitschreiben, die USA würden „keine Vereinbarung treffen, die sich gegen die Volksrepublik China richtet.“¹³ Aus chinesischer Sicht war dies ein sichtbarer Beweis für die amerikanische Aufrichtigkeit und Ernsthaftigkeit, die Eindämmungspolitik gegen China aufzugeben und kein politisches Geschäft mit der Sowjetunion auf Kosten Chinas zu machen.

Schon Nixons Rede in Kansas City im Juli 1970 hatte das Vertrauen der Chinesen in die Regierung Nixon als strategischer Partner vertieft. In seiner Rede hatte der US-Präsident von einer neuen Weltordnung mit fünf Machtzentren gesprochen – den USA, der Sowjetunion, China, Japan und Westeuropa – und sein Interesse an einer Partnerschaft mit China bekräftigt. Zhou Enlai war von Nixons These der fünf Pole so begeistert, dass er die Anweisung erteilte, die Rede des US-Präsidenten zu vervielfältigen und den Führungskräften in den Ministerien und in der Parteizentrale jeweils eine Kopie zum Studieren zu geben¹⁴ – eine Ehre, die in der Regel nur den ständigen Mitgliedern des Politbüros zuteilwurde.

Das Hauptziel der Annäherung an Washington, ein gemeinsames Vorgehen der Supermächte gegen China zu vereiteln und sich aus der Doppelkonfrontation zu befreien, schien in den Augen der chinesischen Führung in greifbarer Nähe. Beijing warf den ideologischen Ballast ab und begann seinerseits den Annäherungsprozess zu beschleunigen. Am 2. Juni 1971 erhielt Kissinger einen Brief von Zhou Enlai, in dem es hieß: „Der Vorsitzende Mao Tse-tung (Mao Zedong) hat zum Ausdruck gebracht, dass er den Besuch des Präsidenten Nixon begrüßt und sich darauf freut, ein persönliches Gespräch mit Seiner Exzellenz, dem Präsidenten, zu führen, bei dem jede Seite das Problem zur Sprache bringen kann, das sie interessiert. (...) Premier Tschou Enlai (Zhou Enlai) begrüßt es, dass Dr. Kissinger als Vertreter der Vereinigten Staaten zu einem vorbereitenden geheimen Treffen mit hohen

chinesischen Beamten nach China kommen wird, um den Besuch des Präsidenten Nixon in Peking (Beijing) vorzubereiten und die notwendigen Absprachen zu treffen.“¹⁵

In der Tat hat Beijings Konzept, durch „Ausnutzung der Widersprüche zwischen den Supermächten“ die chinesisch-amerikanische Feindschaft zu beenden und damit die chinesische Position in der Weltpolitik zu verbessern, funktioniert. Im Juli 1971, als der Geheimbesuch von Kissinger in Beijing bekannt wurde, hatte sich die Sicherheitslage Chinas im Vergleich mit jener zwei Jahre zuvor wesentlich verbessert. Von einer amerikanischen Sicherheitsbedrohung im Süden war trotz des andauernden Vietnamkrieges nichts mehr zu spüren. Auch eine große Offensive der Sowjetunion gegen China erschien nicht mehr wahrscheinlich. „Die Stationierung der zahlreichen Divisionen (der sowjetischen Streitkräfte) an den Grenzen“, so Zhou in einer Rede, sei nichts anderes als ein „Vortäuschen von Stärke“. Nach der Einschätzung des chinesischen Premierministers würden die „sowjetischen Revisio-nisten“ an den Grenzen künftig „nur kleinere Zwischenfälle“ riskieren. „Einen großen Krieg mit uns zu führen“, so zeigte er sich überzeugt, würde die Sowjetunion nicht mehr wagen.¹⁶

Die Vorverhandlungen, die Kissinger im Juli 1971 mit Zhou Enlai in Beijing geführt hatte, und der Chinabesuch von Präsident Nixon im Februar 1972 markierten das Ende der chinesisch-amerikanischen Feindschaft und legten den Grundstein für eine strategische Partnerschaft zwischen Washington und Beijing. Der chinesischen Führung war völlig klar, was sie mit ihrem (ehemaligen) Erzfeind betrieben hatte. Die Bekanntgabe des Geheimbesuches von Kissinger in Beijing, so Zhou Enlai zum amerikanischen Sicherheitsberater, werde „die Welt erschüttern“.¹⁷ Dieser Botschaft wohnte nicht nur die Freude der chinesischen Führung über die Versöhnung mit den USA inne, sondern auch ihr neues Selbstbewusstsein angesichts des neu gewonnenen Gewichts in der Weltpolitik.

Die psychologische Erleichterung auf der chinesischen Seite war unübersehbar, als Mao am 21. Februar 1972 Nixon in seinem Arbeits-

¹² Zur Rolle Pakistans als Geheimkurier zwischen Washington und Beijing vgl. H. Kissinger (Anm. 7), S. 743–753.

¹³ Ebd., S. 772.

¹⁴ Zu Zhou's Begeisterung über Nixons Rede vgl. Wang Li/Qiu Shengyun (Anm. 2), S. 268; zu den Kernpunkten der Rede von Nixon in Kansas City vgl. H. Kissinger (Anm. 7), S. 1136.

¹⁵ Zit. nach: H. Kissinger (Anm. 7), S. 773.

¹⁶ Zhou Enlai (Anm. 5), S. 355.

¹⁷ H. Kissinger (Anm. 7), S. 803.

zimmer in Beijing empfing. „Was die Frage der Aggression von der amerikanischen Seite oder die von der chinesischen Seite anbelangt, so ist es (nur) eine kleine Frage. (...) Das ist kein großes Problem, denn es existiert jetzt die Frage nicht mehr, dass unsere zwei Staaten miteinander einen Krieg führen würden.“¹⁸ Mit anderen Worten: Mao fürchtete jetzt nicht mehr die Gefahr einer Verständigung der Supermächte gegen China. Die gleiche Erleichterung war auch aufseiten der USA zu spüren. Die Erklärung der chinesischen und US-amerikanischen Regierung im Shanghaier Kommuniqué vom 27. Februar 1972, „dass keine von beiden Seiten eine Hegemonie im asiatisch-pazifischen Bereich anstreben sollte und dass jede von ihnen Bemühungen irgendeines anderen Landes oder irgendeiner Gruppe von Ländern zur Errichtung einer solchen Hegemonie ablehnt“,¹⁹ veränderte die weltpolitische Struktur der 1960er Jahre. Die bipolare Konstellation wurde geschwächt, und die Ära eines strategischen Dreiecks brach an. Während sich Beijing von dem Alptraum eines Zweifrontenkrieges befreien konnte und Washington nicht mehr unter dem Druck stand, im Notfall „zweieinhalb Kriege“ gleichzeitig führen zu müssen, hatte Moskau nun zu befürchten, von zwei Seiten – den USA in Europa und China in Asien – politisch und militärisch in Schranken gehalten zu werden. Fast 25 Jahre nach Nixons Chinabesuch sprach Kissinger sogar von einer „stillschweigenden Allianz“ (*tacit alliance*) zwischen China und den USA zur „Eindämmung des sowjetischen Expansionismus“. Die weltpolitische Bedeutung dieser neuen Konstellation interpretierte er mit dem nüchternen Kommentar: „After America’s opening to China, the Soviet Union faced challenges on two fronts – NATO in the West and China in the East.“²⁰

¹⁸ Mao Zedong, Xianzai Bucunzai Zhongmei Liangguo Huxiang Dazhang de Wenti (Die Frage eines Krieges zwischen China und den USA existiert nicht), in: ders., Mao Zedong Waijiao Wenxuan (Ausgewählte Werke über Außenpolitik von Mao Zedong), Beijing 1994, S. 495–596.

¹⁹ Kommuniqué vom 27.2.1972 über den Besuch des Präsidenten der Vereinigten Staaten in der VR China 21.–27.2. (Shanghaier Kommuniqué), Text in deutscher Übersetzung abgedruckt in: Ostkolleg der Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), VR China im Wandel, Bonn 1988, S. 296 ff.

²⁰ Henry Kissinger, Diplomacy, New York 1994, S. 728 ff.

Felix Wemheuer

Die westeuropäische Neue Linke und die chinesische Kulturrevolution

Im Zuge der globalen Unruhen um das Jahr 1968 entwickelte sich das kulturrevolutionäre China weltweit zum Bezugspunkt für linke Bewegungen. Der Einfluss erstreckte sich von der Studierendenbewegung Westeuropas über bäuerliche Guerillabewegungen der „dritten Welt“ bis hin zum linksradikalen Flügel der afro-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung.¹ Was waren die Gründe dafür, dass das maoistische China zwischen Mitte der 1960er bis Ende der 1970er Jahre als Inspiration und Projektionsfläche für die unterschiedlichsten Bewegungen dienen konnte? Im Folgenden werde ich den Einfluss der Kulturrevolution auf die Neue Linke in Westeuropa an den Beispielen Frankreichs, Italiens und der Bundesrepublik Deutschland in den Blick nehmen. Dabei werde ich auch die parallelen Entwicklungen in China aufzeigen und das Verhältnis der Neuen Linken zur Gewalt thematisieren.

Felix Wemheuer

Dr. phil., geb. 1977; Professor für Moderne China-Studien am Ostasiatischen Seminar der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln. felix.wemheuer@uni-koeln.de

Die damit verbundenen Fragen werden globalgeschichtlich im Zusammenhang mit den Revolutionszyklen analysiert, die die Weltordnung zwischen 1945 und den 1970er Jahren erschütterten. Insbesondere bei der „Chiffre 1968“ handelt es sich um ein globales Moment, in dem sich auf verschiedenen Kontinenten revolutionäre Bewegungen aufeinander bezogen und interagierten.² In der „dritten Welt“ stand der Zyklus im engen Zusammenhang mit der Dekolonisierung, die 1945 in Asien begann und Ende der 1970er Jahre in Afrika endete. In Westeuropa wurde der soziale Frieden der Nachkriegsära ab 1967 durch Studierendenunruhen aufgeklärt, die in Frankreich und Italien von großen

„wilden“ Streikbewegungen in der Industrie begleitet wurden. In Polen und Ungarn hatten Streiks und Aufstände die öffentliche Ordnung schon 1956 erschüttert. 1968 folgten der „Prager Frühling“ und Proteste in Jugoslawien. Während die Niederschlagung der Aufstände und Reformbewegungen in Osteuropa die Sowjetunion diskreditierten, verloren die USA durch den Vietnamkrieg (1964 bis 1975) in den Augen vieler Menschen den Anspruch auf die moralische Führung des Westens.

Die westliche Aufnahmebereitschaft für Ideen der chinesischen Kulturrevolution ist nur vor dem Hintergrund der weltpolitischen Konstellation des „Kalten Krieges“ zu verstehen. Chinas Kampf gegen beide Supermächte, die USA und die Sowjetunion, durchbrach die Logik einer bipolaren Welt. Die Volksrepublik wurde als aufsteigendes Land der „dritten Welt“ wahrgenommen, das „sich auf die eigene Kraft stützte“, statt die Industrialisierung durch ausländische Kredite zu finanzieren. China selbst inszenierte sich als bester Freund des Befreiungskampfes der „farbigen“ Völker[†] und propagierte einen ländlichen Entwicklungsweg, bei dem die Modernisierung nicht auf Kosten der Landbevölkerung gehen würde. Die Kulturrevolution erschien zudem als Versuch, durch eine Jugendrevolte gegen den Parteiapparat die kommunistische Revolution wieder zum Leben zu erwecken. Maos Kampagne wurde als Versuch einer neuen Form der Massendemokratie wahrgenommen, die vermeintlich die Ideale des jungen Karl Marx wieder in die Gegenwart holte.[†]

Frankreich und Italien: Kulturrevolution und linke Dissidenten

Besonders großen Einfluss hatte das maoistische China auf die sogenannte Neue Linke in den westlichen Metropolen. Sie grenzte sich

[†] Vgl. Alexander C. Cook (Hrsg.), *Mao's Little Red Book: A Global History*, Cambridge 2014; Taj Robeson Frazier, *The East is Black: Cold War China in the Black Radical Imagination*, Durham NC 2014.

[†] Vgl. David Mayer/Jens Kastner (Hrsg.), *Weltwende 1968? Ein Jahr aus globalgeschichtlicher Perspektive*, Wien 2008.

[†] Vgl. Robin Kelley/Betsy Esch, *Black Like Mao: Red China and Black Revolution*, in: *Souls*, (1999) 4, S. 6–41.

[†] Vgl. Peter Kuntze, *China: Die konkrete Utopie*, München 1973.

von der „alten Linken“, also den traditionellen Gewerkschaften sowie den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterparteien, ab. Ihre soziale Basis fand die Neue Linke hauptsächlich unter jungen Menschen, die in den letzten Kriegsjahren oder ersten Nachkriegsjahren zur Welt gekommen waren. Es stellten sich aber auch ältere linke Intellektuelle wie Jean-Paul Sartre (Jahrgang 1905) oder Herbert Marcuse (Jahrgang 1898) auf ihre Seite.

Im französischen Dokumentarfilm „Rot ist die blaue Luft“ („Le fond de l'air est rouge“, 1977) von Chris Marker wurde die These aufgestellt, dass die Idee der „Revolution der Revolution“ das verbindende Element der kubanischen und chinesischen Revolution sowie der Neuen Linken im Westen gewesen sei. Den traditionellen kommunistischen Parteien falle keineswegs automatisch die Rolle der Avantgarde zu, sondern nur im revolutionären Kampf könne sich eine neue Avantgarde herausbilden, so der Tenor. Das „Primat der Praxis“ sei wichtiger als das Warten auf vermeintlich objektiv reife Bedingungen für den Umsturz. Zur „Revolution der Revolution“ gehörte auch die Vision einer grundsätzlichen Veränderung von Alltag, Bildung, der Beziehungen zwischen Mann und Frau sowie Eltern und Kindern und des Kulturbetriebs. Die Inhalte der verschiedenen „Kulturrevolutionen“ wurden jedoch unterschiedlich definiert: Während die „sexuelle Befreiung“ und freudomarxistische Theorien im Weltbild der westlichen Neuen Linken fest verankert waren, gehört die Kulturrevolution in China bezogen auf Sexualität und Liebe zu den konservativsten Phasen in der jüngeren Geschichte des Landes.

Die beiden größten kommunistischen Parteien Westeuropas, jene Frankreichs (KPF) und Italiens (KPI), hatten schon lange ihren Frieden mit der Nachkriegsgesellschaft gemacht. Sie führten ihren Kampf bestenfalls für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen, nicht für einen revolutionären Umsturz. Die KPF erhielt bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1967 über 22 Prozent der Stimmen. Als während des „Pariser Mais“ 1968 zuerst Studierende und dann junge Arbeiter zu Tausenden auf die Straße gingen, erklärte die Parteiführung die revolutionären Studierenden kurzerhand zu kleinbürgerlichen Spinnern und Träumern und versuchte gemeinsam mit ihrer Gewerk-

schaft, den landesweiten Generalstreik in Forderungen nach höheren Löhnen zu kanalisieren. In Italien erhielt die KPI bei den Senatswahlen 1968 30 Prozent der Stimmen und strebte langfristig eine Regierungsbeteiligung an. In beiden Ländern bildeten sich linkskommunistische Dissidentenbewegungen heraus, die auch bei den Theorien der Kulturrevolution nach Anleihen suchten. In dieser Wahrnehmung war die Notwendigkeit einer Revolte der Jugendlichen gegen einen bürokratisch-verknöcherten und „revisionistischen Parteiapparat“ die größte Parallele zu China.

Derweil wurde in Italien eine Gruppe namens „Il manifesto“ wegen „Linksabweichung“ aus der KPI ausgeschlossen. Ihre Mitglieder kritisierten die beschwichtigende Haltung der KPI während des „heißen Herbstes“ 1969, dem Höhepunkt der Streik- und Protestbewegungen. Die Parlamentsabgeordnete Rossana Rossanda, die eine wichtige Rolle bei „Il manifesto“ spielte, schrieb 1971: „In dem Augenblick, wo die Massen aufgerufen sind, nicht nur über die Partei zu urteilen, sondern sie zu bekämpfen, führt Mao das politische Subjekt wieder in die Gesellschaft ein. Er macht aus der Partei wieder ein ‚Instrument‘ des Proletariats, wodurch sie nicht mehr eine Wesenheit ist, die in gewisser Hinsicht außerhalb des Proletariats existiert.“¹⁵ Die Gruppe der Ausgeschlossenen begrüßte auch, dass Mao und die Rotgardisten die zentrale Bedeutung der Universität als Ort gesellschaftlicher Kämpfe erkannt hätten, um die Arbeitsteilung zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Intellektuellen grundsätzlich infrage zu stellen.¹⁶

In Frankreich bezogen sich Philosophen wie Sartre, Louis Althusser und Alain Badiou sowie der Regisseur Jean-Luc Godard auf Theorien Maos und die Kulturrevolution, um den Marxismus der KPF und ihre reformistische Selbstbeschränkung zu kritisieren. Auch einfache Arbeiter und Studierende begannen sich als „Maos“ zu bezeichnen und Gruppen zu bilden, die in Fabriken, Universitäten, Gefängnissen und sogar unter der Landbevölkerung aktiv wurden. Sartre betonte zwar,

dass er selbst kein „Mao“ sei, sympathisierte aber mit der Bewegung, die für revolutionäre Gewalt, Spontanität der Massen und Antiautoritarismus stehen würde: „Die Maos (...) mit ihrer antiautoritären Praxis erscheinen als einzige, noch unvollkommene revolutionäre Kraft, die in der Lage ist, sich im Stadium des organisierten Kapitalismus den neuen Formen des Klassenkampfes anzupassen.“¹⁷ Als das Verbot der maoistischen Zeitung „La Cause du Peuple“ („Die Sache des Volkes“) drohte, solidarisierte sich Sartre, indem er die Herausgeberschaft übernahm und mit seiner Weggefährtin Simone de Beauvoir demonstrativ auf der Straße Ausgaben verteilte.

Großen Einfluss auf die positive Wahrnehmung der Kulturrevolution in Westeuropa hatten auch die Schriften des französischen Ökonomen Charles Bettelheim. Er sah die chinesischen Experimente mit Arbeiterbeteiligung in Fabriken als Chance, die kapitalistische Rationalität des Managements aufzuheben. Nur eine permanente politische Mobilisierung der Beschäftigten könne verhindern, dass sich unter dem Mantel des Staatsapparats dieselben Hierarchien und dieselbe Verwertungslogik reproduzieren würden wie im Kapitalismus. In ausführlichen Studien erklärte Bettelheim, dass sich in der Sowjetunion kapitalistische Rationalität durchgesetzt habe, weil die Partei dort das „Primat der Politik“ sowie den Anspruch, die Massen zu beteiligen, schon in den 1930er Jahren aufgegeben habe.¹⁸ Nach Maos Tod trat Bettelheim 1977 als Vorsitzender der Gesellschaft für Französisch-Chinesische Freundschaft zurück, aus Protest gegen eine Abkehr von der kulturrevolutionären Industrie- und Bildungspolitik unter dem neuen Parteiführer Hua Guofeng.

Die weitere Entwicklung in Frankreich und Italien verlief unterschiedlich. In Frankreich währte die Hochphase maoistischer Gruppen wie „Gauche Prolétarienne“ („Proletarische Linke“) nur einige Jahre. Die Gruppe wurde vom Innenministerium verboten, und viele „Maos“ wandten sich anderen sozialen Bewe-

¹⁵ Rossana Rossanda, *Der Marxismus von Mao Tse-tung*, Berlin 1971, S. 30.

¹⁶ Vgl. *Il manifesto*, *Notwendigkeit des Kommunismus: Die Plattform von „il manifesto“*, Berlin 1971, S. 31.

¹⁷ Jean-Paul Sartre, *Der Westen wird rot: Die „Maos“ in Frankreich: Gespräche und Reportagen*, München 1973, S. 12.

¹⁸ Vgl. Charles Bettelheim et al., *China 1972: Ökonomie, Betrieb und Erziehung seit der Kulturrevolution*, Berlin 1973, S. 53 f.; ders., *Fragen über China nach Mao Tse-tungs Tod*, Berlin 1978.

gungen zu. Der Philosoph und Soziologe Michel Foucault, der zeitweise mit der „Proletarischen Linken“ sympathisierte hatte, konnte „Maos“ für die Antifängnisbewegung gewinnen, die einen großen Beitrag zur Reform des Haftsystems leistete. In Italien hingegen eskalierten in den 1970er Jahren die Auseinandersetzungen zwischen Staat und bewaffneten linken Organisationen wie den „Brigate Rosse“ („Rote Brigaden“), die zahlreiche Anschläge verübten.

Deutschland: Von „Spaß-Guerilla“ zu K-Gruppen

In Westdeutschland hatte die Neue Linke ganz andere Ausgangsbedingungen als in Frankreich und Italien. Mit dem erneuten Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) 1956 war die revolutionäre Arbeiterbewegung der Zwischenkriegszeit endgültig untergegangen. Im antikommunistischen Klima der Nachkriegszeit und in den ständigen Auseinandersetzungen mit der DDR waren radikale linke Kräfte vor 1967 marginalisiert, auch im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Zwar ließ die Bundesregierung 1968 die Gründung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) zu, diese wurde aber wegen ihrer Treue zu Ost-Berlin und Moskau von vielen Aktivisten der Neuen Linken abgelehnt. Keiner der bekannten Theoretiker wie Theodor W. Adorno oder Max Horkheimer ließ sich für China begeistern. Der radikalen westdeutschen Linke fehlte es generell an „organischen Intellektuellen“ vom Schlage Sartres, de Beauvoirs, Foucaults oder Rossandas.

Die Auseinandersetzung mit dem maoistischen China in Westdeutschland lässt sich in zwei Phasen einteilen: eine antiautoritäre und eine des Parteaufbaus. Zwischen 1966 und 1968 hatte der Bezug auf die Kulturrevolution innerhalb der Studierendenbewegung oft spaßhaften und provozierenden Charakter wie in Aktionen der „Kommune I“ oder im Kurzfilm „Die Worte des Vorsitzenden“ von Harun Farocki (1967). In linken und linksliberalen Medien entwickelte sich ein *radical chic* um Mao.¹⁰ Zu diesem Zeitpunkt entdeckten das „Kurs-

¹⁰ Vgl. Laura Diehl, Die Konjunktur der Mao-Images in der bundesdeutschen „68er“-Bewegung in: Sebastian Gehrig/Barbara Mittler/Felix Wemheuer (Hrsg.), Kulturrevolution als Vorbild? Maoisten im deutschsprachigen Raum, Frankfurt/M. 2008, S. 179–202.

buch“, eine wichtige linke Theorie-Zeitschrift, und Autoren wie Joachim Schickel Mao als großen Philosophen und Dichter-Politiker. Die Kulturrevolution wurde als „konkrete Utopie“ und Gegenmodell zur entfremdeten westlichen Konsumgesellschaft gesehen.¹⁰

1968/69 wurden marxistisch-leninistische Strömungen innerhalb der Studierendenbewegung stärker, die sich an Chinas Außenpolitik orientierten und die Theorien Maos ernst nahmen. Das „Ende der antiautoritären Phase“ wurde verkündet. Viele hielten die Studierendenbewegung für gescheitert. Die Marxisten-Leninisten erklärten, dass eine neue revolutionäre Kaderpartei in Westdeutschland aufgebaut werden müsse. Da die Sowjetunion und DDR als „revisionistisch“ und bürokratisch verknöchert wahrgenommen wurden, galt das maoistische China als wichtigster Bezugspunkt der Gegenwart. Die „wilden“ Septemberstreiks 1969 weckten Hoffnung, dass Arbeiter wieder revolutionäre Subjekte sein könnten. Im maoistischen China wurden nun nicht mehr die antiautoritären Momente einer Studierendenrevolte gesucht, sondern ein Vorbild für eine erfolgreiche Revolution. Die Werke Lenins und Maos wurden als praktische Anleitung für den Parteaufbau studiert.

Zum Jahreswechsel 1968/69 wurde die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (KPD/ML) gegründet. Weitere Gründungen anderer sogenannter K-Gruppen folgten, die sich entweder als Partei oder als Vorstufe dazu verstanden (das K stand dabei für „kommunistisch“).¹¹ Die K-Gruppen konnten zwar nie bedeutsame Wahlergebnisse erzielen, falls sie überhaupt antraten. Es gelang ihnen aber, sich an Universitäten in Studierendenvertretungen und auch in einigen Großbetrieben in Betriebsräten zu etablieren. Mitte der 1970er Jahre schätzte der Verfassungsschutz

¹⁰ Vgl. Joachim Schickel, Große Mauer, große Methode. Annäherungen an China, Stuttgart 1968.

¹¹ Vgl. Michael Steffen, Geschichten vom Trüffelschwein. Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971–1991, Diss., Universität Marburg 2002, <http://archiv.ub.uni-marburg.de/diss/z2002/0060/pdf/dsm.pdf> (5.5.2016); Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt: Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Frankfurt/M. 2002; Andreas Kühn, Stalins Enkel, Maos Söhne: Die Lebenswelt der K-Gruppen in der BRD der 70er Jahre, Frankfurt/M. 2005; Jens Benicke, Von Adorno zu Mao: Über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung, Freiburg/Br. 2008.

den harten Kern der Mitglieder auf 15 000. Die Zahl der Menschen, die sich kurzfristig im Umfeld der K-Gruppen und ihrer zahlreichen Massenorganisationen bewegten, war jedoch um ein Vielfaches größer. Ab 1972 waren auch Mitglieder und Sympathisanten der K-Gruppen von Berufsverboten im öffentlichen Dienst betroffen. Ein Verbot der Organisationen selbst wurde in der Bundesregierung diskutiert, erfolgte aber nicht.

Die Kommunistische Partei/Aufbauorganisation (KPD/AO, KPD ab 1971) sowie der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) rekrutierten ihre Führung und Mitglieder vor allem aus der Studierendenbewegung. Sie orientierten sich sehr stark an der chinesischen Außenpolitik und machten bis 1979 fast alle Linienschwenks der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) mit. KPD/AO und KBW verteidigten sogar noch den Machtantritt des Reformers Deng Xiaopings sowie den chinesischen Krieg gegen Vietnam 1979. Sie unterstützten die „Drei-Welten-Theorie“ und forderten die Wiedervereinigung Deutschlands. Die KPCh erklärte mit dieser Theorie ab Mitte der 1970er Jahre die Sowjetunion zum Hauptfeind und verlangte, die „zweite Welt“, Europa und Japan, gegen den „Sozialimperialismus“ zu verteidigen.

Der Kommunistische Bund (KB) schätzte die Lage der Bundesrepublik wesentlich skeptischer ein als die anderen Organisationen und warnte vor einer „Faschisierung“ von Staat und Gesellschaft. Er war besonders in der Antifa- und Antiatomkraftbewegung aktiv. Die Organisation zeigte sich grundsätzlich mit China solidarisch, kritisierte aber auch einzelne Maßnahmen wie den Empfang des CSU-Politikers Franz Josef Strauß 1975 durch die chinesische Regierung. Der KB lehnte die „Drei Welten-Theorie“ der KPCh ab, da er nicht in der Sowjetunion, sondern in der „herrschenden Klasse“ der Bundesrepublik ihren Hauptfeind sah. Nach dem Ende der Kulturrevolution erkannte der KB, dass der maoistische Flügel geschlagen war und wandte sich von der neuen KPCh-Führung ab.¹²

Die meisten K-Gruppen blieben in den 1980er Jahren zwar noch aktiv, China spielte aber keine große Rolle mehr. Die Gruppen

lösten sich nach und nach auf oder verschwanden in der Bedeutungslosigkeit. Nicht wenige KB-Aktivisten schlossen sich den Grünen an. In der Öffentlichkeit war die Geschichte der K-Gruppen anschließend kaum mehr präsent, bis einige Ex-Aktivisten aus dem ML-Spektrum nach der Bundestagswahl 1998 in der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder in Ministerämter gelangten, etwa Jürgen Trittin und Ulla Schmidt.

Parallelen zur Entwicklung in China

Besonders erklärungsbedürftig scheint, dass sich viele antiautoritäre Aktivisten von 1968 nur einige Jahre später K-Gruppen anschlossen, die sich als straff geführte leninistische Kaderparteien verstanden. Trotz des offensichtlichen Bruches gab es auch Kontinuitäten wie das avantgardistische Politikverständnis, Verankerungen an Universitäten, Antiimperialismus, den starken Bezug auf die Bewegungen der „dritten Welt“, ein kritisches Verhältnis zur DDR sowie der Glaube an die Möglichkeit einer Revolution. Oft wird argumentiert, dass China nur als Projektionsfläche diente und westliche Linke wenig über die wirklichen Ereignisse im „Reich der Mitte“ wussten.

Die Informationen, die Anfang der 1970er Jahre in westlichen Sprachen zum kulturrevolutionären China zur Verfügung standen, waren in der Tat begrenzt. Nur wenige Freunde des maoistischen Chinas konnten überhaupt Chinesisch. Reisen in China waren nur im Rahmen von staatlich organisierten Delegationen oder unter Aufsicht möglich. Weitgehend unbekannt war zum Beispiel das Ausmaß der Hungersnot (1959 bis 1961) mit 15 bis 40 Millionen Toten.¹³ Trotzdem ging der positive Bezug auf den Maoismus nicht nur auf Unkenntnis oder Missverständnisse zurück. Erstaunlich ist die Parallele, wenn auch verspätete Entwicklung der chinesischen und westeuropäischen „Kulturrevolutionen“.

Die kommunistischen Dissidenten Frankreichs und Italiens bezogen sich mit ein, zwei Jahren Verspätung vor allem auf die Frühpha-

¹² Vgl. M. Steffen (Anm. 11), S. 94–97.

¹³ Vgl. Felix Wemheuer/Kimberley Manning, Introduction, in: dies. (Hrsg.), *Eating Bitterness: New Perspectives on China's Great Leap Forward and Famine*, Vancouver 2011, S. 21 f.

se der Kulturrevolution von Sommer 1966 bis Frühjahr 1967, als es in China ein starkes Element der Revolte von unten gab. Einigen pro-maoistischen Beobachtern war durchaus klar, dass Mao und seine Führungsgruppe dabei nicht infrage gestellt werden durften und der charismatische Führer die Revolte von unten erst legitimierte.¹⁴ Während in China ab 1969 der Parteiapparat wieder restauriert wurde, verkündeten westdeutsche K-Gruppen das „Ende der antiautoritären Phase“ und den Aufbau neuer marxistisch-leninistischer Parteien.

Im Sommer 1968 ließ Mao unter der Parole „Die Arbeiterklasse muss bei allem die Führung haben“ die studentischen Rebellengruppen von Arbeiterpropagandatrüpps auflösen. Viele westeuropäische Maoisten wandten sich kurze Zeit später ebenfalls den Arbeitern zu und gingen in die Betriebe. Auch wenn die Aktivisten wenig über die genauen Entwicklungen in China wussten, scheinen die K-Gruppen den Maoismus der frühen 1970er Jahre gar nicht so falsch verstanden zu haben, nämlich als autoritäres Projekt des (Wieder-)Aufbaus einer Kaderpartei.

Der Maoismus und die Kulturrevolution funktionierten als Bezugsrahmen für antiautoritäre Linke und stramme Leninisten auch wegen der Ambiguität von Mao selbst. Er war nach eigenen Angaben gleichzeitig Affe, also Rebell gegen die Ordnung, und Tiger, nämlich höchster Repräsentant der Partei.¹⁵ Im Herbst 1966 verkündete er: „Rebellion ist gerechtfertigt“. Als die Fraktionskämpfe eskalierten, wurden die leninistischen Aspekte in seinem Weltbild gestärkt, und ab 1968 betonte er wieder Disziplin sowie Unterordnung unter die Führung.

Rationalisierung von Gewalt

Auch wenn in westdeutschen Medien über Gewalttaten der Rotgardisten im Sommer 1966 berichtet wurde, so war das gesamte Ausmaß des Terrors der Kulturrevolution, besonders der Jahre 1968 und 1969, damals nicht bekannt. Selbst in China wussten nur wenige, dass zum Beispiel im August und

¹⁴ Vgl. Edoarda Masi, *Der Maoismus und die Europäische Linke*, Berlin 1970, S. 27 f.

¹⁵ Vgl. Helmut Martin (Hrsg.), *Mao Zedong Texte*, Bd. VI, München 1982, S. 175 f.

September 1966 in Beijing über 1000 Menschen, darunter viele Lehrer, totgeschlagen wurden.¹⁶ Eine neue Studie, die auf einer systematischen Auswertung aller Kreischroniken basiert, schätzt die Todesopfer der Kulturrevolution auf 1,1 bis 1,6 Millionen Menschen. Wobei der Hauptanteil weder auf das Konto der Roten Garden 1966, noch der bewaffneten Fraktionskämpfe 1967 ging. Die meisten Menschen wurden in der Phase von 1968 und 1969 getötet, als die Armee nach der Wiederherstellung der Ordnung „Säuberungskampagnen“ von oben durchführte.¹⁷

Nun war es allerdings keineswegs so, dass die westlichen Neuen Linken überhaupt keine Meldungen von Gewalt aus China erreichten. Es gab aber ein tiefes Misstrauen gegenüber den etablierten Medien, besonders gegenüber der „Lügenpresse“ des Axel-Springer-Konzerns, die im Kalten Krieg die Welt in Gut und Böse einteilte. Negative Meldungen über China konnten daher leicht als „bürgerliche Propaganda“ abgetan werden. Das Pamphlet „China: Der deutschen Presse Märchenland“ (1968) ist eine Collage von Günter Amendt mit negativen Meldungen über China. Der Autor erklärte die negative Berichterstattung mit rassistischer Angst des Establishments vor dem aufsteigenden Land, das als „gelbe Gefahr“ wahrgenommen werde.¹⁸ Erst als die Richtungskämpfe innerhalb der KPCh immer schwieriger zu erklären wurden, begann sich Kritik gegenüber der offiziellen chinesischen Version zu regen. Dennoch bezeichneten KPD/AO und KBW sogar die Meldungen über Gräueltaten der mit China verbündeten Roten Khmer in Kambodscha als antikommunistische Propaganda. Noch 1979 standen beide Organisationen fest auf der Seite Pol Pots gegen die vietnamesische Invasion in Kambodscha.¹⁹

Auch in der westlichen Neuen Linken war Maos Aussage bekannt, dass Revolution eben kein Deckchensticken sei, sondern ein ge-

¹⁶ Vgl. Wang Nianyi, *Dadongluan de niandai* (Das Jahrzehnt der großen Unruhen), Zhengzhou 2005, S. 57.

¹⁷ Vgl. Andrew G. Walder, *Rebellion and Repression in China, 1966–1971*, in: *Social Science History*, 38 (2014) 4, S. 513–539.

¹⁸ Vgl. Günter Amendt, *China: Der deutschen Presse Märchenland*, Frankfurt/M. 1968, S. 35.

¹⁹ Vgl. *Kommunistische Volkszeitung* vom 22. 1. 1979; Jürgen Horlemann, *Kampuchea 1979: Befreiung oder Aggression?*, Köln 1979.

waltsamer Akt zum Sturz einer Klasse durch eine andere. Mit ihrem starken Bezug zu den Befreiungskämpfen der „dritten Welt“ hatte die Neue Linke schon früh eine Argumentation zur Legitimation revolutionärer Gewalt entwickelt: Da das System des (Neo-)Kolonialismus offensichtlich auf Gewalt beruhte und die französischen und US-amerikanischen Streitkräfte in Algerien und Vietnam schwere Kriegsverbrechen gegen die Zivilbevölkerung begingen, konnte die Gewalt der Bewegung als legitime Gegengewalt zur Selbstverteidigung erscheinen.¹²⁰ Auch Sartre hatte in seiner Sympathieerklärung für die „Maos“ konstatiert: „Ein Sozialist muss für die Gewalt sein, denn er steckt sich ein Ziel, das von der herrschenden Klasse schlichtweg abgelehnt wird.“¹²¹ Foucault und Benny Lévy diskutierten 1971 darüber, ob Kapitalisten und Reaktionäre besser durch Volksgerichte abgeurteilt werden sollten oder spontane Selbstjustiz der Massen besser sei.¹²² Im Falle dieser Intellektuellen blieb es jedoch bei Gedankenspielen.

In Westdeutschland befürworteten alle K-Gruppen einen revolutionären Umsturz. „Roter Terror“ sei allerdings erst gerechtfertigt, wenn man die Arbeiterklasse vom Sozialismus überzeugt habe, so der allgemeine Tenor. Anfangs präsentierte sich die RAF (Rote Armee Fraktion) als „Marxisten-Leninisten mit Knarren“. In der frühen Erklärung „Das Konzept Stadtguerilla“ (1971) reihte sich ein Mao-Zitat ans nächste, um den bewaffneten Kampf in der Bundesrepublik zu rechtfertigen. Allerdings blieben die Bezüge oberflächlich und richteten sich als Durchhalteparolen wohl eher an mögliche Sympathisanten aus dem ML-Spektrum.¹²³ Mao selbst hatte die Möglichkeit einer „Stadtguerilla“ in westlichen Metropolen nie in Betracht gezogen. Die meisten K-Gruppen lehnten den „individuellen Terror“ der „kleinbürgerlichen“ RAF ab. Die KPD/ML sah hingegen den Anschlag der

RAF auf das Hauptquartier der US-Streitkräfte in Heidelberg im Mai 1972 als revolutionäre Aktion, betonte aber, dass der Aufbau revolutionärer Streitkräfte nur unter Führung einer Kaderpartei erfolgen könne. Die Entführung des Passagierflugzeugs „Lands hut“ im Oktober 1977 verurteilte die KPD/ML dann scharf als „konterrevolutionär“.¹²⁴ Insgesamt hatte die Eskalation der Gewalt während des deutschen Herbstes 1977 eine Schockwirkung auf die westliche Linke und auch das ML-Spektrum.

Schluss

Die kritische Auseinandersetzung mit den Ereignissen in China führte in den westlichen Bewegungen keineswegs zu einer Abwendung vom Maoismus. Nach Ende des globalen revolutionären Zyklus Ende der 1970er Jahre erschien eine Revolution in den westlichen Metropolen als Illusion. Die Bewegungen, die aus der Neuen Linken um 1968 hervorgegangen waren, zerbrachen an ihrer eigenen Erfolglosigkeit, zumindest gemessen an ihrem ehrgeizigen Ziel einer sozialistischen Revolution in Westeuropa.

1981 bezeichnete die neue chinesische Parteiführung die Kulturrevolution als „große Katastrophe für Partei und Volk“. China gab Maos „permanente Revolution“ auf und reintegrierte sich als „Werkbank der Welt“ in die kapitalistische Weltordnung. Die Abwendung Chinas von der Revolution bewirkte bei vielen westlichen (Ex-)„Maos“, sich mit dem Land nie wieder auseinanderzusetzen, anstatt das Scheitern ihrer Übertragung des Maoismus auf nicht-chinesische Verhältnisse kritisch zu reflektieren. Die wissenschaftliche Aufarbeitung der globalen Auswirkungen der Kulturrevolution hat gerade erst begonnen.

¹²⁰ Vgl. Felix Wemheuer (Hrsg.), *Linke und Gewalt: Pazifismus, Tyrannenmord und Befreiungskampf*, Wien 2014, S. 22–27.

¹²¹ J.-P. Sartre (Anm. 7), S. 6.

¹²² Vgl. Felix Wemheuer (Hrsg.), *Maoismus: Ideengeschichte und revolutionärer Geist*, Wien 2008, S. 41–58.

¹²³ Vgl. Sebastian Gehrig, „Zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich ziehen“: Linksterroristische Gruppen und die maoistische Ideologie in der BRD der 1960er und 1970er Jahre, in: ders./B. Mittler/F. Wemheuer (Anm. 9), S. 172 ff.

¹²⁴ Vgl. Jens Benicke, „Von Heidelberg nach Mogadischu, ein Weg von der revolutionären bis zur konterrevolutionären Aktion“: Das Verhältnis der bundesdeutschen K-Gruppen zur RAF am Beispiel der KPD/ML, in: S. Gehrig/B. Mittler/F. Wemheuer (Anm. 9), S. 133–152.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: www.bpb.de/apuz-aktuell

APuZ

Nächste Ausgabe 24–25/2016 · 13. Juni 2016

Terrorismus

Petra Bernhardt

Terrorbilder

Armin Pfabl-Traugbber

Terrorismus – Merkmale, Formen und Abgrenzungsprobleme

Matthias Quent

Selbstjustiz im Namen des Volkes:
Vigilantistischer Terrorismus

Miriam Müller

Der „Islamische Staat“ zwischen staatstypischer
und nichtstaatlicher Gewalt

Jan Sändig

Boko Haram: Lokaler oder transnationaler Terrorismus?

Johannes Buckow

Chinas „Volkskrieg gegen den Terrorismus“

Anna Mühlhausen

No talks? Über Verhandlungen mit terroristischen Gruppen



Die Beiträge dieser Ausgabe stehen – mit Ausnahme der Abbildungen – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Lorenz Abu Ayyash (Volontär)
Imke-Marie Dralle (Praktikantin)
Anne-Sophie Friedel
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Anne Seibring
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
27. Mai 2016

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißenfelsstraße 84
04229 Leipzig

Abonnementsservice

Aus Politik und Zeitgeschichte wird
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Vertriebsabteilung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fs-medien.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055
18155 Rostock
Fax.: (038204) 66273
bestellungen@shop.bpb.de
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg)
werden mit 5,00 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

Daniel Leese

3–10 **Kulturrevolution in China: Ursachen, Verlauf und Folgen**

Was waren die wichtigsten Ursachen, Phasen und Konsequenzen der Kulturrevolution? Auch 50 Jahre nach ihrem Beginn besteht Dissens über die historische Bedeutung der Bewegung. Der von der KP Chinas vorgegebene Deutungsrahmen der „umfassenden Verneinung“ findet keinen uneingeschränkten Zuspruch mehr.

Susanne Weigelin-Schwiedrzik

11–16 **Schwierige Erinnerung: 40 Jahre Ringen um gesellschaftlichen Konsens**

40 Jahre nach dem Ende der Kulturrevolution hat die Gesellschaft in der VR China noch keinen Konsens zur Erinnerung an diese Phase gefunden. Stattdessen ist die Erinnerung fragmentiert und geprägt von einander gegenseitig bekämpfenden Fraktionen. Empathie oder Respekt für die Opfer ist keineswegs selbstverständlich.

Stefan R. Landsberger

17–21 **Zur Plakatpropaganda der Kulturrevolution**

Plakate waren zur Zeit der Kulturrevolution in China ein wichtiges Propagandainstrument. Doch nicht erst dann: Sie wurden in der Volksrepublik schon immer genutzt, um Dinge darzustellen, die die Staatsführung für die Modernisierung des Landes als besonders wichtig erachtete. Welchen Stellenwert haben sie heute?

Nele Noesselt

22–26 **Spuren der Kulturrevolution im heutigen China**

Manche erkennen in der Rezentralisierung politischer Macht unter Xi Jinping Parallelen zur Mao-Ära. Eine Gleichsetzung der heutigen Kampagnen mit jenen der Kulturrevolution wäre jedoch irreführend. Im Mittelpunkt von Xis Politik steht nicht Ikonoklasmus, sondern die Wiederentdeckung „chinesischer“ Werte.

Xuewu Gu

27–32 **Die weltpolitische Dreiecksbeziehung Beijing, Moskau, Washington**

Die Kulturrevolution entzweite das weltkommunistische Lager und brachte China außen- und sicherheitspolitisch in eine prekäre Situation. Durch geschickte Diplomatie gelang es Beijing jedoch, die Rivalität zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion auszunutzen und sich aus der Isolation zu befreien.

Felix Wemheuer

32–38 **Die westeuropäische Neue Linke und die chinesische Kulturrevolution**

Im Zuge der globalen Unruhen um das Jahr 1968 entwickelte sich China weltweit zum Bezugspunkt für linke Bewegungen. Was waren die Gründe dafür, dass das maoistische China zwischen Mitte der 1960er bis Ende der 1970er Jahre als Inspiration und Projektionsfläche für die unterschiedlichsten Bewegungen dienen konnte?